

Wahlprogramm Volt Osnabrück
Stand 08 September 2021

Inhaltsverzeichnis

EU konkret	1
<i>Europäische Identität.....</i>	<i>1</i>
<i>Städtepartnerschaften.....</i>	<i>2</i>
<i>Europabüro</i>	<i>4</i>
<i>Europäische Events</i>	<i>4</i>
Mobilität	6
<i>Rad.....</i>	<i>6</i>
<i>ÖPNV.....</i>	<i>7</i>
<i>MIV.....</i>	<i>8</i>
<i>Gesamtkonzept</i>	<i>9</i>
Nachhaltigkeit & Umwelt.....	10
<i>Klimapolitik.....</i>	<i>10</i>
Energie und Modernisierung	10
Umweltbewusstsein	12
<i>Umwelt.....</i>	<i>14</i>
Artenvielfalt.....	16
Nachhaltiges Bauen	17
Soziales.....	19
<i>Wohnen.....</i>	<i>19</i>
Alternative Wohnprojekte.....	20
Genossenschaftliches Wohnen	21
Bürokratische Verfahren beschleunigen	21
Städtische Anleihen zur Finanzierung von Neubauten	21
Best Practice	21
<i>Bildung.....</i>	<i>22</i>
Frühkindliche Bildung.....	22
Schulbildung	22
Ausstattung	24
Studium.....	24
<i>Partizipation.....</i>	<i>25</i>
Transparenz.....	25
Bürger*innenbeteiligung	25
Lebensqualität	30
<i>Asyl, Migration und Integration von Geflüchteten</i>	<i>31</i>
Best Practice	32

<i>Weniger Obdachlosigkeit</i>	32
Best Practice	32
<i>Armutsbekämpfung</i>	32
Bekämpfung von Kinderarmut.....	33
Sorgfältiges Stadtteilmanagement.....	33
Digitalisierung	34
<i>In der Verwaltung</i>	34
<i>Osnabrück als Standort</i>	34
<i>Aufgeklärte Bevölkerung</i>	35
<i>Open Data</i>	35
Wirtschaft	37
<i>Nachhaltige Wirtschaft</i>	37
Kreislaufwirtschaft	37
<i>Gründen und Innovation</i>	39
Eine Stelle in der Verwaltung (“One-stop-shop-Lösung”)	39
Individuelle Unterstützung durch eine*n Koordinator*in.....	39
<i>Fachkräftemangel</i>	40
<i>Landwirtschaft</i>	40
Stärkung des Absatzes von regional produzierten Lebensmitteln	41

EU konkret

Als Friedensstadt des Westfälischen Friedens von 1648 ist unser Osnabrück eine historisch bedeutende Stadt in Europa. Diese Verknüpfung möchten wir vor diesem Hintergrund pflegen.

Die Europäische Union garantiert seit Beginn der Europäischen Einigung nach dem Zweiten Weltkrieg innerhalb der Mitgliedsstaaten Frieden und sorgt somit für Wohlstand und das Aufblühen von kulturellen und wissenschaftlichen Aspekten.

Aufgrund der historischen Rolle ist es unsere Vision, Osnabrück weiter in der EU zu vernetzen.

Dies realisieren wir von Volt über die Pflege und den Ausbau von Städtepartnerschaften innerhalb der Europäischen Union.

Des Weiteren möchten wir über ein Europabüro in Osnabrück europäische Projekte fördern und eine Anlaufstelle für Europäer*innen bieten, um eine europäisch attraktive Stadt bspw. für wissenschaftliche, touristische und kulturelle Aufenthalte zu sein.

Osnabrück soll sich als historisch bedeutende Stadt ebenfalls aktiv in europäische Projekte einbringen.

Europäische Identität

Das Selbstverständnis von Osnabrück als Bestandteil von Europa soll so sein, wie das Selbstverständnis als Teil von Niedersachsen und Deutschland. Dabei sollte die kommunale Verwaltung Europa vor Ort sichtbar machen. Die Vernetzung von Menschen vor Ort mit Menschen in Kommunen europaweit soll gefördert werden. Volt setzt sich für regelmäßigen Austausch, gemeinsame Projekte und Feste, enge freundschaftliche und geschäftliche Verbindungen ein. Man profitiert so gegenseitig von Ideen und Erfahrungen.

Mit einem Interrail-Ticket ist es möglich, für einen gewissen Zeitraum beliebig viele Zugfahrten in ganz Europa zu unternehmen und so den gesamten Kontinent zu bereisen. Nach dem Vorbild der Initiative "DiscoverEU" soll die Stadt ein gewisses Kontingent von Interrail-Tickets verlosen, für die sich alle jungen Bürger*innen Osnabrücks bewerben können. Dadurch ermöglicht die Stadt es, Europa kostengünstig und umweltfreundlich selbstständig zu erkunden und weckt Interesse für unsere Europäische Union.

Kindergärten und Grundschulen sollen, wenn gewünscht, bei der Umstellung auf eine deutsch-englische Bildung unterstützt werden. Gemäß dem Immersionsprinzip kommen die Kinder so täglich mit der englischen Sprache spielerisch in Kontakt und haben es leichter, sie zu erlernen.

Die Kommune unterstützt die örtlichen Schulen bei der Organisation und der Aufrechterhaltung eines regelmäßigen Schüleraustausches mit anderen, insbesondere europäischen, Schulen. Für Kinder aus sozial schwachen Familien wird eine finanzielle Unterstützung bereitgestellt.

Kommunale Politik made in Europa

Viele Kommunen in ganz Europa stehen vor ähnlichen Herausforderungen: Wie gestalten wir die Mobilität der Zukunft? Wie schaffen wir eine faire Versorgung mit Wohnraum für unsere Bürger*innen? Und wie errichten wir eine diverse Gesellschaft, an der jeder und jede gleichberechtigt teilhaben kann?

Auf solche Fragen gibt es keine leichten Antworten. Aber bei der Suche nach Lösungen können wir auf Erfahrungen von Kommunen in ganz Europa zurückgreifen. Für Volt liegt der Schlüssel zu einer lebenswerten Zukunft darin, gemäß dem “Best Practice-Ansatz” nach den besten Ideen Ausschau zu halten und diese bei uns vor Ort ebenfalls in die Tat umzusetzen.

Dafür wollen wir die europäischen Kommunen besser untereinander vernetzen. Indem gerade auf kommunaler Ebene starke Bande innerhalb Europas geknüpft werden, könnten kreative Lösungen zwischen Kommunen in ganz Europa ausgetauscht werden sowie Anwendung finden. Durch ständigen Austausch und grenzüberschreitende Kooperation eröffnen sich neue Chancen für unsere Kommunen, die Lebensqualität der Bürger*innen im Alltag zu verbessern. “Kommunale Politik made in Europe” ist daher unser Leitmotiv.

Städtepartnerschaften

Die Europäische Union, unser einmaliger Staatenverbund, überzeugt nicht nur mit vielen Vorteilen und Privilegien für alle Europäer*innen. Die Union bietet gleichzeitig auch unzählige Möglichkeiten. Innerhalb der EU möchten wir Osnabrück fest integrieren und bestehende Städtepartnerschaften pflegen und neue Partnerschaften knüpfen.

Für eine kontinuierliche Pflege der Partnerschaft ist auch eine gute Öffentlichkeitsarbeit erforderlich. Die Geschehnisse und Erfolge rund um die Partnerschaft müssen klar kommuniziert werden. Generell möchten wir jeder interessierten Person einen einfachen und übersichtlichen Zugang zu den Partnerschaften und damit einhergehenden Möglichkeiten bieten.

Durch Städtepartnerschaften können Synergieeffekte bei der Lösung politischer Probleme freigesetzt und somit die Handlungsmöglichkeiten der Kommune vergrößert werden können. Weiterhin können europäische Kommunen ein starkes Netz der Verbundenheit quer über den Kontinent spannen. Das Ziel von Volt ist es, bestehende Städtepartnerschaften zu vertiefen und den Austausch auf vielen verschiedenen Ebenen auf eine solide Grundlage zu stellen.

Die Städtepartnerschaften sollen einen Beitrag zum gegenseitigen Austausch und Verständnis leisten und dadurch die Herausbildung einer europäischen Identität begünstigen. Insbesondere der kommunale Austausch mit Ländern, zu denen die deutschen internationalen/diplomatischen Beziehungen derzeit eher schwierig sind, ist äußerst wertvoll und kann die Auswirkungen von diplomatischen Krisen zumindest abfedern.

Diese Partnerschaften eröffnen weitere diverse Möglichkeiten. Beispielsweise können wir so internationale Projekte anstreben, Schüleraustausche fördern und Vernetzung vorantreiben.

Auf politischer Ebene bieten diese Partnerschaften gute Möglichkeiten, diverse Konzepte auszutauschen und somit effiziente und innovative Lösungsansätze gegenseitig zu übernehmen, um die Städte voranzubringen.

Um die erforderliche Kontinuität zu erreichen, sollten Aufgaben klar verteilt und allzu häufige personelle Änderungen in den zuständigen Stellen vermieden werden - Partnerschaften leben von persönlichen Beziehungen. Bei der Organisation der Partnerschaft kann die Kommune ihrerseits Unterstützung von Vereinen wie bspw. dem Deutsch-Französischen Jugendwerk (DFJW) oder dem Institut für europäische Partnerschaften und internationale Zusammenarbeit (IPZ) oder auch dem Rat der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) bekommen. Diese haben viel Erfahrung mit internationaler Zusammenarbeit und können bei der Professionalisierung der kommunalen Akteure rund um die Partnerschaft behilflich sein.

Auf der politischen Ebene sollten in regelmäßigen Abständen gegenseitige Besuche von Delegationen der lokalen Politik erfolgen. Dabei könnten beispielsweise jährlich symbolische, gemeinsame Ratssitzungen durchgeführt werden. Die Partnerstädte sollten sich gegenseitig fortlaufend über die Geschehnisse in ihren Kommunen auf dem Laufenden halten, um einen regelmäßigen fachlichen Austausch der Entscheidungsträger*innen herzustellen.

Die Vernetzung sollte aber nicht nur zwischen den Verwaltungen organisiert werden, sondern auch in Zusammenarbeit mit der Bürgerschaft. Die Gründung von und die enge Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Partnerschaftsvereinen entlastet die beteiligten Akteure.

Die Kontakte zwischen den Bürger*innen können auf vielfältige Art und Weise intensiviert werden. So sollten beispielsweise regelmäßig Schüleraustausche durchgeführt oder Sportvereine zu gegenseitigen Besuchen motiviert werden. Eine Vernetzung der Kunst- und Kulturszenen fördert den zwischenmenschlichen Austausch ebenso wie gemeinsame Wissenschaftsprojekte. All diese Formate sollten von der Kommune finanziell und organisatorisch unterstützt werden. Für Projekte sollten konkrete (politische) Themen in den Mittelpunkt genommen werden, die aufgrund ihrer Bedeutung und Aktualität einen großen Kreis von Personen ansprechen. Menschen, die sich für die Partnerschaft auf der

zivilgesellschaftlichen Ebene engagieren, sollten von der Kommune eine angemessene Würdigung erfahren, um ihre Motivation aufrechtzuerhalten.

Volt fordert, dass Osnabrück regelmäßig einen Bericht über die Vorgänge in der Partnerstadt, den Zustand der Partnerschaft und die neuesten Entwicklungen veröffentlicht. Dies sollte auch in Zusammenarbeit mit der lokalen Presse geschehen, um die nötige Reichweite herzustellen. Die Kommunikation sollte auch und gerade junge Menschen adressieren, um die nächste Generation für die Idee der Städtepartnerschaft zu begeistern.

Volt ist offen für weitere Vorschläge aus der Bürgerschaft zur Vertiefung der Städtepartnerschaften.

Europabüro

Die Vernetzung und Zusammenarbeit mit Kommunen aus ganz Europa soll von den Kommunen stärker als bisher vorangetrieben werden. Diese Vernetzung bedeutet zusätzliche Aufgaben für die Verwaltung: die intensivere Pflege von Städtepartnerschaften, die aktive Mitarbeit in europaweiten Zusammenschlüssen von Kommunen, die Organisation von Europa-Events, die Verlosung von Interrail-Tickets, Öffentlichkeitsarbeit rund um das Thema Europa; um all diese Dinge soll sich die Verwaltung kümmern.

Um Zuwandernden das Einleben in Osnabrück zu erleichtern, möchten wir Zuwanderungspatenschaften einführen. Diese ehrenamtlichen Patenschaften können von Osnabrücker*innen übernommen werden und unter anderem dem kulturellen, sprachlichen, privaten und beruflichen Austausch beider Beteiligten zugutekommen.

Eine solche Patenschaft stärkt das Zusammenleben und die Gesellschaft in Osnabrück und fördert die Vision eines vereinten und vernetzten Europas.

Europäische Events

Volt möchte Europa durch Veranstaltungen greifbar machen, damit der Mehrwert der EU auch aktiv spürbar ist. Dies soll nicht nur kurz vor der Europawahl sein, denn Europa ist uns nicht nur alle fünf Jahre, sondern immer wichtig.

Die Ausarbeitung konkreter Events treiben wir voran und möchten die Bürgerschaft und die Veranstaltungsbranche bei der Planung mit einbeziehen.

Auch wenn es einzelne Ideen hierzu in einigen niedersächsischen Städten gibt, sieht Volt die Möglichkeit, den Bürgerinnen und Bürgern Europa durch eine jährlich stattfindende

Veranstaltung (beispielsweise durch einen Europa-Tag, eine Europa-Woche oder ein Europa-Fest) näher zu bringen.

Mobilität

Wir bekennen uns zu jedem Teilnehmenden im Osnabrücker Verkehr. Jedes Verkehrsmittel hat seine Daseinsberechtigung und seine Vor- und Nachteile. Für uns gilt, dass jede und jeder einen berechtigten Platz im Verkehr hat. Somit wird niemand "bestraft", weil er oder sie beispielsweise auf ein Auto oder einen Bus angewiesen ist.

In einem durchdachten Verkehrskonzept können wir in Osnabrück in Harmonie am Verkehr teilnehmen. Gleichwohl sind wir uns der Verantwortung bewusst, Sicherheit für alle zu gewährleisten. Desweiteren spielen auch Klimaschutz und eine lebenswerte Innenstadt übergeordnete Rollen in dem Mobilitätsmix der Zukunft. Dafür ziehen wir alle an einem Strang und wollen jede und jeden mitnehmen.

Rad

Die Mobilität per Rad ist ein essenzieller Baustein einer gelungenen Mobilitätswende. Dies gilt auch für Osnabrück. Für eine Umsetzung einer solchen Wende benötigt es jedoch noch eine Menge Arbeit; insbesondere der Ring bietet hier sehr viel Potential. Eine beachtliche Anzahl an Weg-Abschnitten befindet sich auf gleicher Höhe mit der Straße, ist in keinster Weise von dieser abgegrenzt und wird auf der rechten Seite regelmäßig von Parkplätzen gesäumt. Diese Tatsachen sorgen für ein nicht zu verachtendes Risiko, welchem sich Radfahrer im Osnabrücker Stadtverkehr aussetzen müssen. Dieses Risiko zeigt sich auch an der hohen Zahl an Unfällen, welche im Stadtgebiet mit Radfahrenden registriert wird.

Neben dieser besonderen Herausforderung muss jedoch die Attraktivität des Radfahrens in Osnabrück gesteigert werden, um einen umweltverträglichen und lebenswerteren Mobilitätsmix zu erreichen.

Volt Osnabrück möchte hier ansetzen und das Risiko für Radfahrende, wo möglich, durch praktikable Lösungen minimieren. Um einen Teil zur Mobilitätswende beitragen zu können, möchte Volt das Radfahren in Osnabrück durch eine Reihe von Maßnahmen attraktiver gestalten und stärker in das Stadt-Konzept integrieren. Diese Maßnahmen sollen zu einer Verbesserung der Verkehrssituation führen und das Klima schützen.

Abwägungsentscheidungen sollten im Zweifelsfall zugunsten der Radfahrer gefällt werden, um das Ungleichgewicht im Straßenverkehr langfristig auszugleichen und das Klima zu schützen.

Konkret fordert Volt hierzu überall, wo es möglich ist, und insbesondere auf dem Osnabrücker Ring, breitere, baulich getrennte oder eigenständige Radwege zu installieren und ein durchdachtes Kreuzungsmanagement zu entwickeln. Wo es möglich ist, sollten am Ring

Fahrradwege und Parkstreifen getauscht werden, um Radfahrer vor dem rollenden Verkehr zu schützen.

Um das Fahrrad als Verkehrsmittel sicherer und auch attraktiver zu gestalten, erachtet Volt es als notwendig, mehr Fahrrad-Parkflächen, oder dort wo es kapazitätstechnisch sinnvoll ist sogar Fahrrad-Parkhäuser, in der Stadt und an allen relevanten Knotenpunkten einzurichten. An diesen Orten bieten sich in diesem Rahmen zusätzlich Bike-Sharing-Lösungen an.

ÖPNV

Das Ziel von Volt ist es, in Osnabrück ein gut abgestimmtes städtisches Busnetz zu schaffen, welches es den Fahrgästen erlaubt, mit möglichst wenigen Umwegen und Wechseln zwischen den Linien, so effizient wie möglich an ihr Ziel zu gelangen. Benachbarte Stadtteile sollen besser verbunden und die Verkehrsbelastung in der Innenstadt durch den Busverkehr reduziert werden.

Konkret fordert Volt daher, zusätzliche ÖPNV-Knotenpunkte einzurichten und diese mittels E-(Klein)Bus-Linien untereinander zu vernetzen. Diese so geschaffenen Knoten können als wohnortnahe Einstiegspunkte in ein breites Netz an Verbindungen den Komfort des ÖPNV in Osnabrück steigern und zeitgleich die unübersichtliche Lage am Neumarkt als Haupt-Angelpunkt des innerstädtischen ÖPNV entschärfen. Diese Maßnahme schafft neben mehr Freiraum an den Haltestellen des Neumarkts auch die Möglichkeit, weiterhin dort haltende Linien erneut zu zentrieren und den Umsteigekomfort somit zu erhöhen.

Zusätzlich spricht Volt sich für den verstärkten Einsatz der erprobten E-Busse aus und fordert für Osnabrück einen einfacheren und transparenteren Tarifplan, welcher die Mobilität in die Randgebiete der Stadt nicht durch erhöhte Entgelte benachteiligt. Komplexität und Gestaltung des aktuellen Tarifs scheinen vor dem Hintergrund der Mobilitätswende nicht mehr zeitgerecht.

Der Ausbau der Park & Ride - Kapazitäten dient dazu, dass Menschen von außerhalb nicht mehr mit dem Auto in die Stadt fahren, sondern außerhalb des Stadtkerns vom Auto auf den ÖPNV wechseln. Daher müssen in den Außenbereichen der Stadt Parkplätze erhalten oder geschaffen werden, die ausschließlich für Park & Ride - Nutzer*innen zur Verfügung stehen. Das Parkticket soll ebenfalls als Tagesticket für den ÖPNV gelten. Diese Parkplätze müssen in der Nähe von Bahnhöfen, Buslinien sowie Schnellwegen und Autobahnen gelegen sein, um für Park & Ride genutzt werden zu können. Sie sollten zusätzlich mit Ladeinfrastruktur für E-Mobilität ausgestattet sein.

MIV

Volt möchte den Anteil des motorisierten Individualverkehrs (MIV) am Verkehrsaufkommen reduzieren wo es möglich und umsetzbar ist. Diese Maßnahme soll Platz für andere Verkehrsteilnehmer*innen schaffen, die Luft- und Lebensqualität erhöhen und das Klima schützen. Wo auf den MIV nicht verzichtet werden kann, sollte der Individual- und Lastenverkehr so gestaltet werden, dass er einen möglichst geringen negativen Einfluss auf die Lebensqualität und andere Verkehrsteilnehmer hat. Das Verlagern von Mobilität weg vom MIV auf das Rad oder den ÖPNV ist ein essenzieller Schritt der Mobilitätswende und daher unabdingbar auch Teil eines gesamtheitlichen und zukunftsorientierten Mobilitätsplans.

Volt fordert zur Umsetzung dieser Ziele neben der Attraktivitätssteigerung alternativer Fortbewegungsmittel auch das Einrichten eines Tempo-30-Limits im Stadtgebiet. Von diesem Limit ausgenommen werden sollen Ein- und Ausfahrtsstraßen wie etwa die HansasträÙe, da diese insbesondere zu Zeiten mit hohem Verkehrsaufkommen einen relativ gleichgerichteten Verkehrsfluss aufweisen. Wo dieses Limit die Bundesstraße 68 betrifft, fordert Volt einen entsprechenden Antrag bei dem zuständigen Amt zu stellen.

Das Tempo-30-Limit soll die Luftqualität verbessern, Lärmbelastung reduzieren, den Verkehrsfluss homogenisieren und Unfallrisiken senken. Die damit einhergehenden Einschränkungen für den MIV sind aufgrund der im Innenstadtdgebiet ohnehin kaum möglichen Konstantfahrten und des laut Umweltbundesamt lediglich untergeordneten Einflusses der zulässigen Höchstgeschwindigkeit auf den Verkehrsfluss zugunsten der zu erwartenden Steigerung der Lebensqualität im Rahmen des Gesamtkonzepts nach Volts Meinung zu rechtfertigen. Volt Osnabrück spricht sich in diesem Zusammenhang für eine Bewerbung der Stadt zur Teilnahme an einem Modellversuch aus.

Insbesondere stationsbasiertes Car-Sharing trägt dazu bei, die Gesamtzahl der Autos in der Stadt zu verringern. Ein gut ausgebauter und günstiger ÖPNV auf der einen und ein umfangreiches Car-Sharing-Angebot auf der anderen Seite ergänzen sich: Für die meisten Strecken können der ÖPNV und Fahrräder genutzt werden, und wenn doch mal ein Auto nötig ist, wird es per Car-Sharing bereitgestellt. Eine solche flexible Mobilität macht es den Osnabrücker*innen leicht, aufs eigene Auto zu verzichten.

Car-Sharing-Wagen sollen bei der Nutzung privilegiert werden. Wir wollen deutlich mehr Parkplätze als bisher für Sharing-Autos vorbehalten, damit sich die Nutzer*innen keine Sorgen um einen Parkplatz machen müssen. Gerade bei der Erschließung von Neubaugebieten wollen wir die Einplanung von Car-Sharing-Parkplätzen verpflichtend machen. Car-Sharing-Parkflächen müssen flächendeckend mit Ladeinfrastruktur für E-Autos ausgestattet sein. Wir wollen prüfen,

inwieweit sich Pkw aus dem städtischen Fuhrpark außerhalb der Dienstzeiten für Car-Sharing verwenden lassen.

Gesamtkonzept

Um einen möglichst großen Schritt in der Mobilitätswende, für die Lebensqualität sowie den Umweltschutz zu machen, ist es unabdingbar, die vorangegangenen Punkte als ein ganzheitliches Mobilitätskonzept zu denken und nicht als voneinander unabhängigen Maßnahmenkatalog. Nur eine ganzheitliche Lösung der miteinander unabdingbar verwobenen Probleme und Chancen ermöglicht es, Osnabrück an den Wandel der Zeit anzupassen und ein zukunftssicheres Mobilitätskonzept voranzubringen.

Nachhaltigkeit & Umwelt

Klimawandel und schwindende Artenvielfalt gehören zu den größten Herausforderungen unserer Zeit, die es international anzugehen gilt. Viele Maßnahmen müssen aber von den Kommunen umgesetzt werden, deshalb fordern wir auch in Osnabrück das komplexe Zusammenspiel zu schützen, erhalten und fördern wo es möglich ist.

Klimapolitik

Ein essenzieller Bestandteil der Problembekämpfung ist es, diese explizit als solche zu benennen. Volt fordert daher, den Klimanotstand nicht nur inhaltlich, sondern auch sprachlich als solchen auszurufen, um die Dringlichkeit der Situation zu verdeutlichen. Jeder Beschluss des Stadtrats soll entsprechend auf seine Umweltverträglichkeit geprüft werden, um unbedachte Schäden zu verhindern.

Energie und Modernisierung

Um auch in Osnabrück einen Teil zur Energiewende und somit zum Klimaschutz beizutragen, hält Volt es für essenziell die Treibhausgasemissionen drastisch zu reduzieren. Eine wesentliche Quelle dieser ist das Verbrennen fossiler Energieträger.

Um diese Emissionen zu reduzieren ist es notwendig, verstärkt regenerative Energieformen in den Energiemix der Stadt aufzunehmen. Volt setzt auf eine dezentrale Energiewende. Die ausschließlich zentrale Produktion von grünem Strom durch große Windenergieanlagen und dessen Verteilung mittels Stromtrassen durchs ganze Land bringen Probleme mit sich wie etwaige Schäden an der Meeresumwelt bei Offshore-Anlagen, Flächenverbrauch, Natur-Zerschneidung und mangelnde Akzeptanz bei Windparks wie auch bei Trassenführungen. Aus diesen Gründen muss die Energiewende auch in den Städten erfolgen.

Volt will daher den Ausbau regenerativer Energie fördern, etwa in Form von Windkraftanlagen oder Solarenergie, wo es trotz der urbanen Gegebenheiten umsetzbar ist. Öffentliche Gebäude sollen mit gutem Beispiel vorangehen und ihre Energie bis zum Jahr 2035 nur noch aus regenerativen Energiequellen beziehen.

Weitere mögliche Flächen für die Anbringung von Solaranlagen sind überdachte Parkplätze, Lärmschutzwände oder Seitenstreifen von großen Durchfahrtsstraßen. Bei Bauvorhaben und Modernisierungen sollte ein starkes Gewicht auf Energiestandards, etwa denen der KfW, liegen. Anstrengungen in diesem Zusammenhang müssen für die Bürger*innen attraktiv und

unbürokratisch gestaltet werden und für die öffentliche Hand als verpflichtend gelten. Für Solaranlagen auf Mietshäusern wollen wir unbürokratische Regelungen etablieren. Dafür muss die Stadt vorhandene Energiespar-Projekte fördern und Beratungsangebote ausbauen.

Beteiligung der Bürger*innen an der Energiewende

Wir wollen Geschäfts- und Finanzierungsmodelle verstärkt nutzen, bei denen sich die Bürger*innen an der lokalen Energiewende beteiligen. Gerade Solaranlagen eignen sich für eine private Finanzierung (siehe Best Practices). Wir werden mit bestehenden Energiegenossenschaften zusammenarbeiten und deren Neugründung fördern. Auch die Finanzierung von Windkraftanlagen in der Region unter Einbeziehung der Bürger*innen ist denkbar. Langfristig sind solche Anlagen ein Gewinn sowohl für das Klima als auch das Portemonnaie der Osnabrücker*innen.

Regionale Stromvermarktung durch intelligente Stromnetze

Wir wollen in Osnabrück die notwendige Infrastruktur für intelligente Stromnetze (sog. Smart Grids) schaffen. Smart Grids übernehmen die gezielte Steuerung zwischen Stromerzeugenden, Stromverbrauchenden und Stromspeichern. Dadurch helfen sie lokal produzierten Strom intelligent zu verteilen, zu speichern und nicht benötigte Erzeugungsanlagen abzuschalten. Außerdem wird dadurch die nötige Infrastruktur geschaffen, die benötigt werden wird, um in der nahen Zukunft eine Vielzahl von Elektroautos über Nacht zu laden, ohne das Stromnetz zu überlasten.

Daneben wollen wir nach Möglichkeiten zum Aufbau regionaler, smarterer Micro-Grids zur regionalen Energievermarktung und Speicherung suchen. Micro-Grids sind kleinere, eigenverantwortlich gesteuerte intelligente Stromnetze innerhalb eines Smart Grids. Durch Micro Grids müssen private Stromerzeuger*innen nicht mehr wie bisher ihren überschüssigen Strom aufwendig und unterhalb des Marktpreises an der Strombörse verkaufen, sondern können ihn stattdessen in der Region verkaufen. Dadurch werden Investitionen in private EEG-Anlagen finanziell attraktiv.

Nutzung von Stromüberschüssen durch Sektorenkopplung

Wir wollen in Osnabrück die Infrastruktur für Sektorenkopplung mittels Power-to-X-Verfahren aufbauen. Power-to-X-Verfahren sind verschiedene Technologien zur Umwandlung von Strom in z.B. Wärme oder Gas (Power-to-Heat, Power-to-Gas). Dadurch kann in Zeiten hoher Stromerzeugung aus Wind oder Sonne der überschüssige Strom auch in anderen Energiesektoren genutzt werden.

Energetische Modernisierungen

Für geringeren Energieverbrauch müssen mehr Gebäude in Osnabrück energetisch modernisiert werden. Wir wollen insbesondere die Gebäude in städtischer Hand modernisieren. Daneben wollen wir das sogenannte Drittelmodell in Osnabrück etablieren. Wenn Modernisierungsausgaben zu Energieeinsparungen führen, sollen sie auf die Kaltmiete aufgeschlagen werden dürfen, solange die Warmmiete nicht steigt. Dadurch entsteht für Vermieter*innen auch ein finanzieller Anreiz zur Modernisierung ihrer Wohnungen.

Effiziente Energienutzung

Die Energiewende gelingt einfacher und schneller, wenn wir Energie effizient nutzen. Straßenbeleuchtung wollen wir mit Bewegungssensoren ausstatten, damit sie nicht durchgehend leuchtet. Wir wollen mit Anreizen und Informationskampagnen darauf hinwirken, dass der Stromverbrauch gesenkt und beispielsweise nachts nicht zwingend notwendige Lichter ausgeschaltet werden.

Best Practice

Finanzierungsmodelle in Wien und Salzburg:

In Wien werden seit Jahren Photovoltaikanlagen auf Dächern gebaut, an denen sich Privatpersonen ab einem Beitrag von 950 Euro beteiligen können. Die Anteile sind mit 5% verzinst und sehr nachgefragt. Ähnlich sieht es in Salzburg aus, wo Bürger*innen Solaranlagen auf Bahnhöfen, Werkheimen und Zentrallagern errichtet werden, die in kurzer Zeit ausverkauft sind.

Regionale Stromvermarktung in Steinfurt:

Die Stadtwerke Steinfurt bieten ausschließlich regional produzierten Ökostrom an. Der verkaufte Strom wird ausschließlich aus lokalen Windkraftanlagen erzeugt und zu 100% in der Region verkauft.

Bottrop:

In Bottrop wird das Drittelmodell angewandt. In der Stadt werden jährlich 3% aller Häuser energetisch modernisiert - im Bundesdurchschnitt ist es weniger als 1%.

Umweltbewusstsein

Maßnahmen zum Umweltschutz haben einen sehr viel größeren Effekt, wenn sie von der Bevölkerung getragen und unterstützt werden. Um die Notwendigkeit von Änderungen unserer aktuellen Politik zu erkennen, braucht es ein Umweltbewusstsein, welches wir durch Zusammenarbeit mit Bildungseinrichtungen fördern wollen. Auch Erwachsene wollen wir dabei nicht zurücklassen, sondern durch z.B. Klimamessen mitnehmen.

Öffentlichkeitsarbeit

Alle Maßnahmen der Stadt sollen klar mit der Öffentlichkeit kommuniziert werden. Jede*r Bürger*in sollte die Möglichkeit haben, zu erfahren, warum welche Maßnahme ergriffen wurde.

Bildung zu Umwelt und Nachhaltigkeit

Kindergärten und Schulen sollen den Kindern und Jugendlichen Kompetenzen zu den Themen Umweltschutz und Nachhaltigkeit vermitteln. Wo noch nicht vorhanden, soll die Stadt die Kindergärten und Schulen beim Anlegen von Gärten und Beeten unterstützen, sodass sie das Wissen um Anbau und Pflege von Pflanzen anschaulich vermitteln können. Hierbei sind auch gemeinsame Projekte mit den Betreibern von städtischen Kleingärten denkbar. Volt Osnabrück begrüßt regelmäßige Schulexkursionen auf Bauernhöfe in der Region, um den Schüler*innen die Herkunft der Lebensmittel zu verdeutlichen.

Aber auch für Erwachsene sollten Möglichkeiten bestehen, sich über regionale Lebensmittelproduktion hautnah zu informieren. Informationen zum Naturschutz, wie Vogelschutzzeiten und Leinenpflicht, müssen einfach zugänglich sein. Wir wollen eine App etablieren, die diese Informationen zentral bündelt. In diese App sollte die bereits bestehende Funktion zum Melden von überfüllten Mülleimern und illegal abgelegten Müll integriert werden.

Klimaneutrale Schulen

Auch die Schulen selbst sind ein Erzeuger von CO₂. Wir wollen daher die Schulen dabei unterstützen, als Vorbildfunktion noch vor 2040 klimaneutral zu werden. Dies schützt das Klima und unterstreicht gegenüber den Schüler*innen die Wichtigkeit des Klimaschutzes. Auf dem Weg zur klimaneutralen Schule muss zunächst der derzeitige CO₂-Ausstoß erfasst werden. Die wichtigsten Sektoren sind dabei Heizen (Stichwort "energetisch Modernisierung"), Strom, der Transport zur Schule und das Schulessen. Der CO₂-Ausstoß sollte in allen vier Bereichen gemindert werden. In allen diesen Phasen soll die städtische Verwaltung den Schulen mit Beratung und Know-How zur Seite stehen.

Nachhaltigkeitsmessen

Volt Osnabrück setzt sich dafür ein, dass regelmäßig Messen zum Thema Nachhaltigkeit (wie zum Beispiel die "Green World Tour") stattfinden, auf denen sich die Verbraucher*innen informieren können, wie sie einen Beitrag zu den städtischen Klimaschutzanstrengungen leisten können.

Umwelt

Stadtklima

Volt möchte eine naturnahe, langfristige und zukunftsorientierte Begrünung unserer Stadt. Damit möchten wir das Stadtklima verbessern, Niederschläge zurückhalten und vielen Tieren eine Heimat bieten (mehr dazu bei „Artenvielfalt“). Außerdem bietet dies den Bürger*innen von Osnabrück und ihren Besucher*innen einen Ausgleich zum Alltag und eine Möglichkeit zur Erholung innerhalb der Stadt.

Kaltluftschneisen

Für eine Regulierung des Stadtklimas ist das Erhalten von Kaltluftschneisen dringend notwendig. Gerade bei Hanglagen wie am Schinkelberg soll es zu keiner Bebauung kommen. Ziel muss sein, die Luftzirkulation im Stadtgebiet und insbesondere der Innenstadt zu gewährleisten und somit Hitzestaus bei andauernden hohen Temperaturen beizukommen. Ein lebenswertes Osnabrück heißt für Volt, dass auch die Innenstadt nicht künstlich überhitzt wird und vor dem Klimawandel geschützt ist.

In Situationen, in denen (sozialer) Wohnungsbau und Erhalt von Frischluftschneisen einander entgegenstehen, muss ein Gutachten zur Auswirkung der Bebauung an der betroffenen Fläche eingeholt und die Interessen mit Blick auf die Ergebnisse gegeneinander abgewogen werden.

Bodenflächen

Bodenflächen müssen, wo sinnvoll, begrünt werden; Asphalt oder Pflaster erhitzen an vielen Stellen unnötig unsere Stadt. Wir sehen aber auch in Wasserflächen eine gute Alternative um die Luftfeuchtigkeit an trockenen Tagen zu steigern und die Temperatur zu senken, das können zum Beispiel Springbrunnen, aber auch Regenrückhaltebecken oder andere Gewässer sein. Beispielsweise wird der Vorschlag, im Schinkel eine künstliche Seenlandschaft zu bauen, von Volt unterstützt. Da Grünflächen aber in Konkurrenz mit Gebäuden stehen, setzen wir auch auf innovative Ideen wie Fassaden- oder Dachbegrünung.

Dachbegrünung

Das Potenzial für Grünflächen beschränkt sich nicht bloß auf den Boden. Wir unterstützen die Begrünung von Flachdächern wie auf Hochhäusern und Bushaltestellen. Insbesondere die Begrünung der Dächer von Bushaltestellen bietet regelmäßige, sich nahtlos in das Stadtbild eingliedernde Grünflächen. Bürger*innen, Nachbarschaften und Unternehmen können Patenschaften für diese kleinen Stadtbiootope übernehmen und dazu gemeinschaftlich zur Verbesserung der Lebensqualität unserer Stadt beitragen. Die Stadt soll mit gutem Vorbild vorangehen und bei Gebäuden in öffentlicher Hand die Begrünung prüfen und umsetzen,

Schulen möchten wir Zusammenarbeit anbieten, um die Gebäude zu begrünen und so unter anderem das Umweltbewusstsein der Schüler*innen zu stärken.

Wir sehen keine Konkurrenz zu Photovoltaikanlagen, die sonst häufig den Platz auf Dächern einnehmen. Eine Kombination aus Solaranlagen und Dachbegrünung stellt die effizienteste Nutzung sowohl der freien Fläche als auch der Energiegewinnung dar, da die Anlagen bei gemäßigten Temperaturen am besten arbeiten.

Begrünung in Industriegebieten und vertikale Begrünung

Gerade in Industriegebieten gibt es häufig wenig Grün; wir wollen Möglichkeiten evaluieren (wie z.B. vertikale Gärten, Parkplatzbegrünung oder grüne Dachparks) auch dort Grünflächen zu fördern, die in Hitzeperioden die Temperaturen senken, sowie den dort Arbeitenden mehr Lebensqualität am Arbeitsplatz geben. Des Weiteren kann vertikale Bepflanzung an Neubauten die dadurch verloren gegangene Fläche zumindest teilweise kompensieren.

Volt ist bewusst, dass Maßnahmen zur Begrünung häufig nicht mit einem Beschluss und dessen Ausführung getan sind; es braucht langfristige Pflege, um das Grün in Osnabrück zu erhalten. Deswegen möchten wir das Ehrenamt sowie Patenschaften für Baumplatten oder Grünstreifen fördern und den Bürger*innen in einer Beratungsstelle zur Seite stehen. Kompensieren möchten wir auch die schwindende Anzahl an Bäumen im Stadtbild und fordern deshalb, dass für jeden gefälltten Baum mindestens eine Neupflanzung stattfindet und langfristig ein wachsender Bestand gesichert wird.

Best Practice

Chicago:

Weltweit kommt es zu immer stärker belastenden Hitzewellen. Deshalb hat der Stadtrat von Chicago in den USA in einem Klima-Aktionsplan energieeffizientere öffentliche Gebäude und beschleunigte Genehmigungsverfahren für „grüne“ Projekte beschlossen. 2011 gab es in der Stadt 650.000 m² Dachbegrünung.

Toronto, Mailand und Singapur:

In Toronto wurden 2007 die Richtlinien zur Parkplatzbegrünung im Stadtrat festgelegt. Sie bilden ein gutes Fundament für die Umgestaltung von Parkplätzen und tragen erheblich zu einer Verbesserung der Luft- und Wasserqualität bei.

In Mailand wurde 2014 der Gebäudekomplex Bosco Verticale fertig gestellt. Ein Vorzeigeprojekt, welches aus 2 Türmen mit insgesamt 800 Bäumen und 2000 Pflanzen besteht. Eine Menge und Vielfalt von ca. 50 Arten, die sonst in einem Hektar Wald zu finden ist.

Das 2014 in Singapur fertig gestellte Tree House verbessert den ökologischen Fußabdruck von Singapur durch die Luftfilterung mit seinen beeindruckenden vertikalen Gärten. Darüber hinaus regeln diese auch die Temperatur des Gebäudes was zu Energieeinsparungen von bis zu 30%, äquivalent zu 500.000 Dollar jährlich, führt.

Artenvielfalt

Lebensraum für Tiere

Nicht nur der Mensch bewohnt die Stadt, sondern auch zahlreiche Tierarten. Neben den Haustieren sind es auch Wildtiere, die ihren Platz mitten unter uns haben. Dabei erfreuen sie uns nicht nur durch ihre Anwesenheit: Tiere, egal welcher Größe, haben einen unmittelbaren Einfluss auf unsere Gesundheit und Lebensqualität und sind daher zu schützen. Der Tierschutz ist als Staatsziel im Grundgesetz verankert und im Tierschutzgesetz grundsätzlich geregelt. Darüber hinaus gibt es, auch auf kommunaler Ebene, viel Spielraum für Verbesserungen.

Tierheime sind eine wichtige Säule des Tierschutzes. Daher fordert Volt eine sichere Finanzierung für Osnabrücker Tierheime, sodass deren Existenz nicht nur von Spenden abhängig ist.

Ebenso können Tierarztrechnungen eine große Belastung für Mensch und Tier sein. Volt möchte die Vergabe von unbürokratischen, zinslosen Darlehen für notwendige Tierarztbehandlungen prüfen lassen und diese gegebenenfalls umzusetzen. Dies soll, wenn möglich, in Kooperation mit den Osnabrücker Tierärzt*innen geschehen.

Insekten sind für das Überleben der gesamten Umwelt und somit für uns Menschen enorm wichtig. Als Bestäuber sorgen sie für blühende Gärten und Früchte auf den Feldern. Daneben sind sie ein wichtiger Bestandteil der Nahrungskette. Außerdem verwerten sie natürliche Abfälle und erhöhen damit die Bodenfruchtbarkeit. Damit es auch weiterhin in unserer Stadt blüht und das Ökosystem intakt bleibt, setzt Volt Osnabrück auf den konsequenten Schutz der Insektenpopulationen.

Insektenfreundliche Begrünung in Stadt und Region

Insekten benötigen grüne Inseln in gewissen Abständen, an denen entlang sie sich fortbewegen können, sogenannte Fluginseln. Wir wollen untersuchen, wo diese derzeit nicht in hinreichend kleinen Abständen vorhanden sind, um an diesen Stellen gezielt neue Inseln zu schaffen.

Daneben wollen wir das Konzept der "Eh da"-Flächen in Osnabrück umsetzen. Diese Flächen sollen für den Erhalt der biologischen Vielfalt genutzt werden. Das betrifft Wegesränder, Mittelstreifen, Dächer, Uferbereiche, städtische Kleingärten, ÖPNV-Haltestellen oder einfach

offene Wiesenflächen. Gerade ungenutzte Grünflächen sollten als Wildwiesen belassen werden.

Neben der Bepflanzung wollen wir auch künstliche und natürliche Baumhöhlen sowie geschützte Flächen für Erdnester anlegen. Andere Möglichkeiten sind Insektenhotels, die in Zusammenarbeit mit Schulen aufgebaut werden sollen. All diese Maßnahmen zum Insektenschutz wollen wir in enger Abstimmung und Zusammenarbeit mit den Imker*innen in Stadt und Region durchführen.

Auch die Bürger*innen wollen wir ermutigen, ihre Gärten, Dächer und Balkone insektenfreundlich zu bepflanzen. Nur wenn eine insektenfreundliche Begrünung anders nicht möglich ist, sollen Privatpersonen in Ausnahmefällen entsprechende Vorgaben für die Bepflanzung ihrer Vorgärten bekommen. In Neubaugebieten kann dies auch die Vorgabe von Mindestgrünflächen beinhalten.

Verringerung der Lichtverschmutzung

Eine weitere Maßnahme zum Schutz der Insekten ist die Verringerung von Lichtverschmutzung. Derzeit sorgt die Helligkeit nicht nur für einen hohen Stromverbrauch, sondern hat auch negative gesundheitliche Folgen für den Menschen und stört nachweislich den Biorhythmus von Insekten oder Vögeln. Deshalb muss die Stadt energieeffizientere Technik (LED-Lampen) bei der Straßenbeleuchtung einsetzen und Straßenlaternen mit Bewegungssensoren ausstatten, die mit einer automatischen Dimmfunktion betrieben werden (s. auch den Abschnitt zum Fußverkehr). Die Straßenlaternen sollten keine Abstrahlung nach oben haben, sondern ausschließlich nach unten auf die Straße leuchten.

Nachhaltiges Bauen

CO₂-Senke Holzbau

Bei der Herstellung von einem Kubikmeter Beton werden ca. 2,6 Tonnen CO₂ freigesetzt. Die Zementherstellung ist, je nach Rechenweg und einbezogenen Produktionsprozessen, verantwortlich für 4 % bis 8 % der globalen CO₂-Emissionen. Damit liegt die Zementindustrie knapp hinter den CO₂-Emissionen ganzer Industriestaaten wie China und den USA. Beim Bauen mit Beton kommt zusätzlich Stahl zum Einsatz, welcher ebenfalls einen sehr negativen CO₂-Fußabdruck hat. Bei der Herstellung von einem Kubikmeter Rohstahl werden ca. 13 Tonnen CO₂ freigesetzt. Dabei gibt es eine jahrhundertealte, gut erprobte Alternative zum Bauen mit Stahlbeton, nämlich das Bauen mit dem nachhaltigen Rohstoff Holz. Pro Kubikmeter Holz wird im Schnitt eine Tonne CO₂ gebunden. Das Bauen mit Holz ist so vielseitig wie dieser Rohstoff selbst. So können durch Holzrahmenbauweise Modulbauteile aus Holz gut von Unternehmen vorgefertigt werden. Dadurch lassen sich Bauprojekte besonders zügig durchführen. Aufstockungen sind mit dieser besonders leichten Bauweise ebenfalls gut möglich. Bei gleicher

Wandstärke übertrifft die Brandsicherheit eines Massivhauses aus Holz sogar die von Beton, da Holz durch seine geringe Wärmeleitfähigkeit bei Feuer zunächst nur oberflächlich verkohlt und die darunterliegenden Schichten sehr lange statisch stabil bleiben. Holzbau kann mit weiteren Materialien kombiniert und so in nahezu allen Bereichen eingesetzt werden.

Die Langlebigkeit von Holzhäusern kann in deutschen Städten beobachtet werden:

Das Fachwerkhaus in Marburg am Hirschberg wurde 1321 erbaut, in Frankfurt steht ein Holzhaus aus dem Jahr 1289 und in Esslingen in der Heugasse 3 ein Fachwerkhaus aus dem Jahr 1261.

Da Bauhölzer heute nur noch selten chemisch behandelt werden und in aller Regel kammergetrocknet eingesetzt werden, sind sie einfach zu recyceln(DIN 68800). So wurde bei dem 10-stöckigen Holzhochhaus Skaio in Heilbronn, die gesamte Lebensdauer des Gebäudes bedacht und auch der spätere Abriss und das Recycling der Baumaterialien schon vorgeplant.

Das auch ein Fussballstadion mit 5000-Plätzen aus Holz gefertigt werden kann, zeigt der Fußballclub Forest Green Rovers. Auch eine 29.000 m² große Lagerhalle aus Holz steht bereits in Deutschland, das Verteilzentrum der Firma Alnatura.

Baden-Württemberg hat eine Holzbau-Offensive gestartet. In diesem Bundesland wurde der Baustoff Holz für Landesgebäude zur Pflicht. Folgende Gebäude entstanden und entstehen aus Holz: Turnhallen, Schwimmbäder, Hochschulen, Verwaltungsgebäude, Polizeireviere, Kasernengebäude und vieles mehr.

Volt möchte dem Beispiel Baden-Württembergs folgen und öffentliche sowie von der Stadt geförderten Gebäude in Osnabrück zukünftig aus dem recyclebaren, natürlichen, klimafreundlichen Rohstoff Holz errichten lassen. So machen wir Osnabrück selbst zum CO₂-Speicher.

Soziales

Wohnen

Die Stadt Osnabrück hat in den letzten Jahren einen stetigen Bevölkerungszuwachs verzeichnet und folgt damit dem allgemeinen Trend deutscher Großstädte. Der Zuwachs wird hierbei insbesondere durch den Zuzug von außerhalb befördert, hierbei spielt die Stadt Osnabrück als dynamischer Bildungs- und Wirtschaftsstandort in der Region eine wichtige Rolle. Auch in den kommenden Jahren soll sich dieser Trend fortsetzen, im Rahmen einer selbst erstellten Studie der Stadt Osnabrück wird hier mit einem Zuwachs von 168.145 Personen mit Hauptwohnsitz in Osnabrück im Jahr 2016 auf 172.711 Personen im Jahr 2030 gerechnet.

Diese Entwicklung bringt einiges an Potential mit, jedoch gilt es hier proaktiv bereits Maßnahmen zur Sicherung von genügend Wohnraum zu schaffen, denn Wohnraum ist nicht irgendeine Ware wie jede andere. Anders als auf schicke Schuhe oder ein neues Handy kann kein Mensch auf Wohnraum einfach verzichten. Eine Wohnung gehört zu den notwendigen Voraussetzungen für ein Leben in Sicherheit und Geborgenheit. Deswegen sollen alle Menschen in Osnabrück Zugang zu Wohnraum haben.

Dazu soll die Stadt eine aktive und gestaltende Rolle einnehmen. Zum einen soll Sie private Investitionen in die Schaffung von Wohnraum fördern und regulieren sowie innovative Ideen begrüßen und mitgestalten, zum anderen muss Sie aber auch selber stärker in den Ausbau investieren. Dieser Zuwachs muss inklusiv, nachhaltig und sozial verträglich erfolgen.

Es genügt nicht, die privaten Akteure einfach sich selbst zu überlassen und auf ein faires Ergebnis zu hoffen. Auf der anderen Seite muss die Stadt aber auch mit Fingerspitzengefühl vorgehen: unbedachte Aktionen können viel Geld kosten oder die Schaffung von neuem Wohnraum nachhaltig hemmen.

Erschließung neuer Wohnräume sowie Nachverdichtung bestehenden Wohnraumes

Die Situation auf dem Wohnungsmarkt in Osnabrück ist bereits seit geraumer Zeit angespannt. Um beim bevorstehenden weiteren Bevölkerungszuwachs diesem Problem entgegenwirken zu können, ist die Erschließung neuer Wohnräume unabdinglich. Hierbei sollen insbesondere Gebiete im Außenbereich erschlossen werden, um eine zu starke Konzentration auf einzelne Stadtteile zu verhindern. Dazu soll die Stadt proaktiv auf Grundbesitzer*innen zugehen. Gleichzeitig sollte bei der Ausschreibung der neuen Gebiete geeignete Maßnahmen für eine soziale Durchmischung eingeleitet werden, sodass eine Gentrifizierung vermieden wird. Als eine dieser Maßnahmen sieht Volt Osnabrück die verstärkte Ausschreibung von Grundstücken über

die Erbbaupacht an, um so auch sozial-schwächeren Bürger*innen die Möglichkeit zum Hauserwerb zu ermöglichen, die nicht über genug Kapital zum Kauf eines kompletten Grundstückes verfügen.

Neben der Ausschreibung zusätzlicher Neubaugebiete kommt der Nachverdichtung bestehenden Wohnraumes eine Schlüsselrolle zu. Durch eine kluge Nachverdichtung kann ein effizienter und umweltschonender Ausbau der Wohnungskapazitäten erfolgen, ohne zusätzliche Flächen versiegeln zu müssen. Hierbei kommt insbesondere der Aufstockung, dem Dachgeschossausbau, der Aktivierung von Leerstand und funktionaler Umnutzung eine Schlüsselrolle zu.

Mehr Wohnraum in städtischer Hand und sozialer Wohnungsbau

Unser langfristiges Ziel ist ein dauerhafter und signifikanter Bestand an Mietwohnungen in der Hand der städtischen Wohnungsbaugesellschaft Wohnen in Osnabrück. Dadurch wird eine Entspannung des Wohnungsmarktes herbeigeführt. Es sollen insbesondere Gebiete im Außenbereich erschlossen werden, um eine zu starke Konzentration auf einzelne Stadtteile zu verhindern.

Wir fordern daneben einen Ausbau des sozialen Wohnungsbaus. Dabei wollen wir auf eine soziale Durchmischung in den Gebäuden und Stadtteilen achten, der soziale Wohnungsbau soll sich also nicht nur in einzelnen Bereichen konzentrieren. Dadurch soll einer Ghettoisierung vorgebeugt werden.

Alternative Wohnprojekte

Volt will neue Formen gemeinsamen Lebens und gemeinschaftlichen Wohnens fördern, darunter auch Mehrgenerationenhäuser. Solche Modelle machen das Wohnen erschwinglicher, verbessern den sozialen Zusammenhalt und leisten einen Beitrag für ein selbstbestimmtes Altern (s. dazu auch den Abschnitt zur Pflege). Deshalb fordert Volt, dass die Stadt diese Modelle mit finanziellen Zuschüssen und konzeptionellen Hilfen besser unterstützt.

Das Bundesministerium für Familie hat bestätigt, dass Mehrgenerationenhäuser eine Hilfe für Kommunen sein können, die sich auf neue demographische Herausforderungen einstellen müssen. Deutsche Städte wie z.B. Moers haben erkannt, dass das Konzept von Kindern und Senioren unter einem Dach keineswegs ein veralteter Gedanke ist. Vielmehr bietet dieses Konzept, welches in Ländern wie Japan bereits eine Selbstverständlichkeit ist, besonders der modernen Familie in der Stadt einen Mehrwert.

Ebenfalls gibt es in Osnabrück bereits erste alternative Formen des gemeinschaftlichen Wohnens, so werden z.B. über die "Wohnen für Hilfe" Menschen mit leerstehendem Wohnraum und Studierende zusammengebracht. So wird insbesondere Senior*innen, die Hilfe

im Alltag benötigen, eine helfende Hand gereicht, während Student*innen auf dem angespannten Osnabrücker Wohnungsmarkt eine günstige Unterkunft erhalten. Volt Osnabrück möchte solche Projekte stärker fördern und auch auf weitere Bevölkerungsgruppen ausweiten.

Darüber hinaus gewinnen Tiny Houses an Bedeutung. Gerade die gering besiedelten und ländlichen Außenbereiche von Münster bieten gute Bedingungen für die Pilotierung einer Tiny-House-Siedlung. Die Umsetzung kann durch eine Ausschreibung des Projektes und die Bereitstellung eines städtischen Grundstücks mit einer Erbbauregelung erfolgen. Hier- mit kann Münster eine Vorreiterposition für soziales, bezahlbares und klimafreundliches Wohnen in Deutschland einnehmen. Volt fordert daher die Prüfung der Realisierung eines Pilotprojektes. In diesem Zusammenhang unterstützt Volt auch die Anerkennung der Tiny Houses als Wohnsitz.

Genossenschaftliches Wohnen

Wohnungsbaugenossenschaften wirken in sozialer Weise den steigenden Mietpreisen entgegen. Sie ermöglichen ihren Mitgliedern vergleichsweise günstigen und vor allem sicheren Wohnraum. Daher fordert Volt die Stärkung des Ausbaus von Wohnbaugenossenschaften durch eine bevorzugte Abgabe von Grundstücken.

Bürokratische Verfahren beschleunigen

Durch eine Modernisierung und Digitalisierung der Verwaltung wollen wir bürokratische Verfahren beschleunigen. Insbesondere muss es möglich werden, das gesamte Genehmigungsverfahren für Bauvorhaben digital abzuwickeln.

Städtische Anleihen zur Finanzierung von Neubauten

Zur Finanzierung des Erwerbs und der Errichtung von Immobilien soll eine städtische Anleihe für private Anleger*innen aufgelegt werden. Die Anleihe bietet Osnabrück eine Möglichkeit zur preiswerten Finanzierung dieser Wohnprojekte und gibt den Bürger*innen die Möglichkeit, ihr Geld sicher anzulegen und gleichzeitig die Mietsituation in Osnabrück zu verbessern.

Best Practice

Wien:

Statt sozialen Wohnungsbau lediglich zu fördern, kauft und baut die Hauptstadt Österreichs seit über 100 Jahren mit ihrer städtischen Gesellschaft „Wiener Wohnen“ selbst Immobilien und vermietet diese zu erschwinglichen Preisen. Dadurch kann auch in Zeiten niedriger und einseitiger Investitionen der Privatwirtschaft in den Wohnungsmarkt ein hoher Anteil an

bezahlbarem Wohnraum, insbesondere an Sozialwohnungen, geschaffen und erhalten werden. Das sorgt dafür, dass die Stadt dauerhaft erschwinglichen Wohnraum für alle bietet.

Moers:

In Moers wurde 2015 das erste Mehrgenerationshaus als Leuchtturmprojekt eröffnet. Das Projekt wird von einer Sozialarbeiterin betreut und die Mieten werden aus öffentlichen Mitteln gefördert. Diese besondere Wohnform stößt auf positive Resonanz und eine erhöhte Nachfrage.

Bildung

Osnabrück ist eine moderne und inklusive Stadt, in der sich alle Bürger*innen entfalten und ihr individuelles Potenzial entwickeln können. Die Bildungseinrichtungen müssen dafür über eine funktionierende Ausstattung auf dem aktuellen Stand der Technik verfügen, die zudem an die Anforderungen der Bildungswege angepasst ist. Zudem sollen unterschiedliche Bildungsangebote für Osnabrücker*innen jeden Alters zugänglich sein.

Frühkindliche Bildung

Kinder erleben in den Kindertagesstätten ein vielfältiges, analoges Programm. Die Beschäftigung mit Sport und Bewegung, Musik und Kunst, Sprach- und Kulturvermittlung sowie Umwelt- und Gesundheitsthemen sollen die individuelle Entfaltung von Persönlichkeit und Potenzial ermöglichen und auf die Anforderungen des Alltags und der Gesellschaft vorbereiten. Eine zentrale Rolle kommt dabei den Erzieher*innen zu. Deshalb möchte Volt den Beruf attraktiver machen; z.B. durch städtische Ausbildungsstipendien, die sich am Höchstsatz des Schülerbafögs orientieren oder durch eine bezahlte Ausbildung, wie sie bereits in Schleswig-Holstein getestet wird.

Der Berufsabschluss „Staatlich geprüfte*r Erzieher*in“ soll auch für Quereinsteiger*innen möglich sein und ideale Ausbildungsbedingungen bieten. Volt unterstützt die Umsetzung eines familienfreundlichen Umschulungsprogrammes, das Praxisphasen auch in Teilzeit ermöglicht und Theorieteile in einer Mischung aus klassischer Berufsschule und E-Learning vermittelt.

Schulbildung

Essenziell für ein angenehmes Lernklima und das Wohlbefinden der Schüler*innen an Osnabrücker Schulen ist eine adäquate Versorgung mit Speisen und Getränken. Wir wollen sicherstellen, dass allen Lernenden öffentliche Angebote zur Tagesverpflegung mit gesunder

und ausgewogener Nahrung in saisonaler, regionaler und biologischer Qualität zur Verfügung stehen.

Viele Schüler*innen haben nur eine schwache Vorstellung von Europa und kennen die Arbeitsweise des europäischen Parlamentes nicht. Volt unterstützt Projekte wie "Europa macht Schule" und setzt sich für weitere Projekte ein, deren Ziel es ist, Schüler*innen an (europäische) Politik heranzuführen. Auch die Bekanntheit und Wahrnehmung von den schon bestehenden ERASMUS-Programmen muss erhöht werden. Auch hier ist es notwendig, Lehrkräfte mit dem Umgang einer solchen Plattform durch Fortbildungen vertraut zu machen, um das Konzept erfolgreich umzusetzen.

Eine Offensive für Schulsauberkeit soll Schüler*innen ein Gespür für deren Hineinwirken in den gesellschaftlichen Bereich geben. Volt plädiert für Projektstage zum Thema Nachhaltigkeit, die das Umweltbewusstsein der Schüler*innen fördern. Dazu können die im Rahmen der Corona-Pandemie geschaffenen Förderprogramme und Möglichkeiten zu Projekten genutzt werden. Schulrhythmus und Schulweg: Volt Osnabrück forciert ein Eulen- und Lerchensystem als Modell für einen flexiblen Schulstart. Im Fokus dieses Modells soll ein späterer Schulstart stehen, welcher für den Großteil der Schüler*innen gilt, während gleichzeitig die Möglichkeit besteht einen frühen Schulstart wahrzunehmen. Für diesen späteren Beginn sprechen zwei wichtige Argumente: Die Sicherheit auf dem Schulweg und die Gesundheit und Lernfähigkeit der Schüler*innen. Denn bei späterem Schulbeginn ist der Zeitraum, in dem es auf dem Schulweg schon hell ist, deutlich länger. Studien aus den USA haben außerdem gezeigt, dass eine Verlegung des Schulbeginns von 7:50 auf 8:45 einen sehr positiven Einfluss auf Noten, Aufmerksamkeit und Pünktlichkeit hat. Volt Osnabrück ist sich bewusst, dass sich diese Ergebnisse nicht für alle Schüler*innen pauschalisieren lassen und dass die unterschiedlichen Situationen im privaten Umfeld durch einen Schulbeginn um 9 Uhr zusätzlich belastet werden könnten. Deshalb soll die Möglichkeit bestehen bleiben, dass Schüler*innen ihren Schulalltag zwischen 7:30 und 8:00 Uhr beginnen können, sei dies bedingt durch häusliche Umstände oder den persönlichen Biorhythmus. In dem Zeitraum, in dem nur ein Teil der Schüler*innen anwesend sind, könnte deren Betreuung von pädagogischen Mitarbeiter*innen wahrgenommen werden.

Volt Osnabrück unterstützt Maßnahmen für einen sicheren Schulweg und fordert, den motorisierten Individualverkehr, mit dem Schüler*innen zur Schule gebracht/ von der Schule abgeholt werden, zu minimieren. Alle Schulen sollen mit sicheren und gut beleuchteten Radwegen erreichbar sein. Eine Intensivierung von Verkehrskontrollen auf Hauptverkehrswegen im näheren Umfeld aller Schulen, insbesondere zu Schulzeiten, soll Autofahrer für die Schüler*innen sensibilisieren und Gefahren vorbeugen. Stark befahrene

Busrouten sollen ständig evaluiert und bei zu starker Frequentierung gegebenenfalls ausgebaut werden.

Neben dem Politik-Unterricht bietet die Beteiligung an außerschulischen politischen Projekten und Gremien Schüler*innen einen ersten praktischen Einstieg in ihr politisches Leben. Gerade das Jugendparlament Osnabrück ist dabei auf die Mithilfe der Schulen bei der Organisation der Wahlen angewiesen. Es ist für die Schüler*innen die einfachste Möglichkeit, an der Wahl aktiv teilzunehmen, wenn alle Schulen im Stadtgebiet ein Wahllokal in der Woche der Wahlen aufmachen würden. Damit sichergestellt wird, dass möglichst viele die Möglichkeit der Stimmabgabe in ihrer Schule erhalten, sehen wir die Schulen in der Pflicht, Wahllokale an zumindest einem Tag der Wahlwoche einzurichten.

Schüler*innen sollen die Möglichkeit erhalten Politik mitzuerleben. Die Stadt Osnabrück hat dafür bereits 2001 das Projekt "KidS: Kommunalpolitik in die Schulen" gestartet. Dieses Angebot soll weiter ausgebaut werden, damit mehr als die bisherigen 50-100 Schüler*innen pro Jahr einen Einblick in die Kommunalpolitik erhalten.

Ausstattung

Aufgrund der aktuellen pandemischen Situation müssen alle möglichen Maßnahmen für die Sicherheit der Lernenden getroffen werden, um Präsenzunterricht zu ermöglichen. Deshalb fordert Volt die Ausstattung aller Schulräume mit Luftfiltern, auch für die Altersstufen, für die es ein Impfangebot gibt, um so die höchstmögliche Sicherheit für alle Schüler*innen und Lehrkräfte sicherzustellen.

Volt unterstützt außerdem Forderungen, auf den Schultoiletten Hygieneartikel für Mädchen und Frauen kostenlos zur Verfügung zu stellen.

Studium

Osnabrück ist eine Studierendenstadt. Insgesamt rund 28.000 Studierende sind an der Hochschule und der Universität eingeschrieben. Damit sind sie eine der größten Personengruppen in Osnabrück. Dementsprechend müssen die Interessen der Studierenden bei kommunalen Entscheidungen Berücksichtigung finden. Darunter fallen die Verkehrs- und die Wohnsituation, Lernorte in der Stadt und zukunftsfähige Arbeitsplätze, um Studierende auch über ihren Abschluss hinaus in der Stadt zu halten.

Partizipation

Transparenz

Eine informierte Öffentlichkeit ist in einer Demokratie kein Ärgernis, sondern ein wichtiger Bestandteil des politischen Prozesses. Daher ist es für uns ein wichtiges Anliegen, den Bürger*innen möglichst viele Informationen über die Politik in Osnabrück möglichst leicht zugänglich zu machen. Nur in wenigen Ausnahmefällen sollte davon abgewichen werden, z.B. bei sicherheitsrelevanten Informationen oder (in engen Grenzen) bei berechtigten Interessen von Privaten. Die Politik sollte hierbei nicht warten, bis sie nach Informationen gefragt wird. Stattdessen muss sie selbst durch eine aktive Informationspolitik sowohl auf die Presse als auch die Bürger*innen zugehen. Dafür ist nicht zuletzt auch ein Kulturwandel erforderlich, den wir anstoßen wollen.

Die Digitalisierung ermöglicht es bereits heute, sich ein umfassendes Meinungsbild über globale sowie lokale Themen zu bilden. Osnabrück gehört zu den Städten, die bereits Informationen über politische Angelegenheiten über das eigene System bereitstellt. Volt Osnabrück möchte jedoch Entscheidungen, Beschlüsse und Sitzungen transparenter und insbesondere einfacher zugänglich machen um die freie politische Meinungsbildung zu fördern. Sitzungen des Stadtrates sowie Ausschusssitzungen sollen weiterhin im Internet per Livestream übertragen werden. Aufzeichnungen der Sitzungen müssen im Internet frei verfügbar sein. Ebenso sollen auch alle relevanten Dokumente (z.B. Tagesordnungen der Gremien, kommunaler Haushalt) in verständlicher Art und Weise zur Verfügung stehen. Alle diese Informationen und Übersichten sollen gebündelt in der neuen digitalen Plattform angezeigt werden, die wir auch für die Bürgerbeteiligung nutzen wollen (s. dazu den Abschnitt Bürgerbeteiligung).

Um all diese Informationsflüsse verbindlich festzuschreiben und im Detail zu regeln, sollte Osnabrück eine Informationsfreiheitssatzung verabschieden.

Bürger*innenbeteiligung

Unser Ziel ist eine vibrierende, lebendige Demokratie in der Kommunalpolitik. Dazu muss politische Partizipation kinderleicht sein. Politik und Verwaltung selbst müssen aktiv auf die Bürgerschaft zugehen, ihr Angebote machen und sie zur politischen Beteiligung motivieren. Außerdem müssen politische Vorgänge transparent und für die Bürger*innen nachvollziehbar ablaufen. Die Frage, in was für einer Gesellschaft wir künftig leben wollen, können wir nur alle gemeinsam beantworten.

Mit den nachfolgenden Bausteinen wollen wir ein zusammenhängendes System aus Beteiligungsformaten in Osnabrück etablieren. Diese Formate sollen nicht für sich allein stehen, sondern möglichst gut ineinandergreifen. Uns ist bewusst, dass neue Formen der Beteiligung

nicht auf Anhieb perfekt funktionieren werden. Sowohl die Bürger*innen als auch die Politik müssen daher zu einem Lernprozess bereit sein.

Wir wollen Bürgerbeteiligung mit fachlicher Expertise verbinden. Durch die Einbeziehung von Fachleuten werden wir den Osnabrücker*innen helfen, nicht nur weitreichende, sondern auch gut durchdachte Entscheidungen zu treffen.

Alle Formate müssen mit ausreichenden personellen und finanziellen Ressourcen ausgestattet sein, um die Beteiligung dauerhaft zu etablieren. Nur mit diesen beiden Elementen (Geduld und Ressourcen) kann sich auf lange Sicht eine tragfähige Beteiligungskultur in Osnabrück entwickeln.

Bürger*innenräte

Bürger*innenräte bestehen aus gelosten Bürger*innen, die im Hinblick auf bestimmte Faktoren eine repräsentative Abbildung von Osnabrück bilden. Ihre Aufgabe ist es, Fragen aus der Lokalpolitik zu diskutieren und eine Empfehlung für die Politik zu erarbeiten. Dadurch wollen wir neben einer besseren Bürger*innenbeteiligung auch eine verbesserte Diskussionskultur erreichen - wenn sich Bürger*innen mit unterschiedlichen Meinungen an einen Tisch setzen, trägt das zu einem besseren politischen Klima in Osnabrück bei.

Die Einberufung von Bürger*innenräten soll entweder durch einen Beschluss im Stadtrat oder durch eine Petition der Bürger*innen erfolgen können. Auch vor der Durchführung von Bürgerentscheiden sollte grundsätzlich ein Bürger*innenrat stattfinden. Die Teilnahme am Bürger*innenrat ist freiwillig, entstehende Unkosten sollen erstattet werden. Es muss eine unabhängige Moderation sichergestellt sein, um einen fairen Verlauf zu gewährleisten. In die Diskussionen wollen wir Fachleute einbinden, die mit ihrem Wissen den Bürger*innen eine bessere Perspektive auf das jeweilige Thema ermöglichen. Auch Diskussionen zwischen Bürger*innen und Politiker*innen sollen Teil der Räte sein. Das letzte Wort haben hier aber die Bürger*innen.

Die erstellte Vorlage ist nicht bindend, sondern muss im Stadtrat diskutiert und abgestimmt werden. Wird gegen den Vorschlag gestimmt, muss die Entscheidung begründet werden. So entsteht ein konstruktiver Dialog zwischen Politik und Bürgerschaft, und die Qualität und Legitimität politischer Entscheidungen wird verbessert.

Beteiligung von Kindern und Jugendlichen

Die kommunale Politik gestaltet das Umfeld, in dem Kinder und Jugendliche aufwachsen. Wenn sie von Entscheidungen direkt betroffen sind, sollten sie daher auch in die Entscheidungsfindung miteinbezogen werden. Jugendliche in politische und gesellschaftliche Entscheidungsprozesse zu integrieren und als vollwertige Mitglieder des Gemeinwesens anzuerkennen und zu inkludieren, bedeutet für sie zum einen die Möglichkeit demokratische Fähigkeiten zu entwickeln, auszubauen und zu kräftigen, und zum anderen, unterstützt

Partizipation sie dabei ihre Identität zu finden und die chaotische Phase der Jugend im Sinne von Erikson abschließen zu können. Kinder und Jugendliche aktiv in ihren Lebensbereichen mitwirken zu lassen, fördert die Entwicklung individueller Persönlichkeiten, stärkt das Selbstvertrauen, und trägt zur Bildung eines politischen Bewusstseins bei. Ebenso wird durch die Partizipation von Kindern und Jugendlichen, deren Identifikation mit dem Gemeinwesen und dessen Institutionen gestärkt, Handlungsmuster erweitert und somit die soziale, gesellschaftliche Integration junger Menschen vorangetrieben. Davon profitiert unsere Stadt, denn eine kinder- und jugendfreundliche Politik macht unsere Stadt für Familien zu einem lebenswerteren Ort. Eine stärkere Einbindung der Kinder und Jugendlichen in die Politik führt dazu, dass sie zu verantwortungsbewussten demokratischen Bürger*innen heranwachsen. Kinder und Jugendliche sollten daher als junge Bürger*innen der Stadt Osnabrück angesehen werden, welche klare Interessen daran haben politisch ihre Sozialräume mitzugestalten und an den entsprechenden Prozessen beteiligt zu werden. Kinder und Jugendlichen müssen als vollwertige Mitglieder unserer Gesellschaft anerkannt werden, und nicht nur lediglich als „kleine Bürger in Ausbildung.“

Seit 2013 gibt es in Osnabrück zu diesem Zweck das Jugendparlament Osnabrück, das als von den Jugendlichen gewähltes Gremium der Jugend Osnabrücks deren Interessen vertritt. Volt möchte die Zusammenarbeit zwischen Rat und Jugendparlament fördern, sodass die Bemühungen und der Einsatz der Jugendlichen Früchte tragen können. Dafür ist festzuhalten, dass jugendrelevante Themen nicht nur die Themen sind, von denen Erwachsene annehmen, dass sie jugendrelevant sind. Politische Entscheidungen, die das Leben in der Stadt beeinflussen, sind ebenso Entscheidungen, die Kinder und Jugendliche betreffen. Insofern sollten Kinder und Jugendliche entsprechend holistisch in allen politischen Prozessen involviert und beteiligt werden. Das Jugendparlament sollte sich dafür in allen Ausschüssen beteiligen können, und dessen Vertreter*innen, neben dem Antrags- und Rederecht, vor allem das Recht auf Mitentscheidung eingeräumt werden. Eine Ausweitung der partizipativen Optionen hin zu einem real repräsentativen Jugendparlament ausgestattet mit dem Recht in allen Belangen mitentscheiden zu können, würde den Kindern und Jugendlichen echte demokratische Partizipation ermöglichen, wodurch sie Anerkennung und Selbstwirksamkeit erfahren könnten. Mit dem Bewusstsein gehört zu werden, und als ein vollwertiges Mitglied der Gesellschaft anerkannt zu sein, könnte auch das Vertrauen in die Politik und dessen Vertreter*innen wieder hergestellt werden und eventuell eine neue Generation politischer Entscheidungsträger*innen heranwachsen. Es sollte die Maxime gelten: „Nichts für uns ohne uns! Was nur von Erwachsenen und Kindern gemeinsam regelbar ist, muss auf Augenhöhe ausgehandelt werden. Was Kinder aber alleine können und wollen, ist ihnen zu übertragen.“

Insbesondere bei Projekten, die die Kinder und Jugendlichen ganz besonders betreffen (z.B. Gestaltung von Spielplätzen, Sportanlagen, Jugendzentren und Schulhöfen) soll zusätzlich eine projektbezogene Begleitung durch Kinder und Jugendliche stattfinden, z.B. in Form von

Befragungen oder Diskussionsveranstaltungen. Darüber hinaus befürworten wir die regelmäßige Durchführung von offenen Formen der Jugendbeteiligung, wie z.B. Fragestunden mit Politiker*innen oder Jugendpetitionen an den Stadtrat.

Digitaler öffentlicher Raum

Die digitalen Technologien bieten viele neue Möglichkeiten, um die Bürger*innen in die kommunale Politik einzubeziehen. Wir können miteinander diskutieren und einen gemeinsamen Willen bilden und artikulieren, ohne dass wir dazu persönlich zusammenkommen müssten. Wir wollen daher in Osnabrück digitale Instrumente einsetzen, mit denen sich die Bürger*innen einfach und unkompliziert in die kommunale Politik einbringen können. Mit der Software CONSUL existiert bereits eine Software, die weltweit in Städten zum Einsatz kommt und mit der sich diese Instrumente umsetzen lassen.

Übersicht über die städtischen Projekte

Wir wollen eine Übersichtsseite ins Leben rufen, auf der die Stadt alle Projekte auflistet, die derzeit umgesetzt werden (sollen). Die Bürger*innen sollen diese kommentieren und bewerten können. Die Moderation über die Diskussion übernimmt die Stadt, beleidigende oder unangemessene Äußerungen sollen konsequent geahndet werden. Auf diese Weise soll frühzeitig ein konstruktiver Dialog zu politischen Vorhaben entstehen.

Bürger*innenbudget für die Umsetzung unserer Ideen

Wir wollen das Bürger*innenbudget in Osnabrück ausbauen. Neben der Ausweitung des Betrags soll auch der Bekanntheitsgrad in der Öffentlichkeit gesteigert werden.

Unser Vorschlag ist, 0,5% des jeweiligen Vorjahreshaushalts, mindestens jedoch 5€ pro Einwohner*in.

Das Budget soll für Ideen und Projekte aus der Bewohnerschaft eingesetzt werden.

Dazu sollen auf einer digitalen Plattform alle Bürger*innen Vorschläge machen können, für die das Geld verwendet werden kann. Die Stadtverwaltung prüft daraufhin die Vorschläge auf ihre Umsetzbarkeit und schätzt ab, wie viel Geld die Umsetzung kosten würde. Auf diese Weise wird stadtplanerische Expertise in den Prozess eingebracht. Die Stadt veröffentlicht daraufhin die umsetzbaren Projekte und gibt dabei die Kosten für jeden Vorschlag an. Bürger*innen, deren Vorschläge nicht umgesetzt werden können, erhalten von der Stadt eine Begründung für die Ablehnung.

Darauf folgt ein Beratungsprozess. Über einen gewissen Zeitraum hinweg tauschen sich die Bürger*innen über die vorgeschlagenen Projekte aus. Hier sollte ein möglichst breiter Diskurs über die Vorschläge erfolgen. Am Ende steht eine Abstimmung, und die Projekte mit den meisten Stimmen werden verbindlich umgesetzt.

Bündelung in einer Plattform

Wir wollen eine zentrale Plattform einrichten, auf der alle digitalen Angebote zur Bürgerbeteiligung übersichtlich gebündelt werden. Eine bereits erprobte Möglichkeit dafür wäre die Plattform CONSUL, die von Städten auf der ganzen Welt (auch in Deutschland) für eine bessere Bürgerbeteiligung genutzt wird.

Nur die Osnabrücker*innen sollen für die Plattform Zugangsdaten bekommen (z.B. bei der Wohnsitzanmeldung). Hier sollen neben den genannten Instrumenten auch alle Informationen rund um die Kommunalpolitik zur Verfügung stehen, also beispielsweise der städtische Haushalt, die Terminkalender und Tagesordnungen des Stadtrates und der Bezirksräte. Daneben sollten auf der Plattform sollen regelmäßig Bürger*inneninformationsstunden stattfinden, in denen die Politiker*innen den Fragen der Bürger*innen antworten und mit diesen ins Gespräch kommen.

Mit einer solchen Plattform wollen wir allen Osnabrücker*innen die Möglichkeit geben, zusammenzukommen und gemeinsam über die Zukunft unserer Stadt mitzuentcheiden.

Öffentlichkeitsarbeit

Alle Formate der Bürgerbeteiligung müssen mit einer umfangreichen Öffentlichkeitsarbeit begleitet werden, um die Bürger*innen über ihre Beteiligungsmöglichkeiten zu informieren. Das umfasst auch verständliche Einweisungen in die vorgeschlagenen digitalen Instrumente. Die Öffentlichkeitsarbeit sollte sich verstärkt an solche Gruppen richten, die sich bisher im Durchschnitt weniger beteiligt haben. Um wirklich alle Menschen in Osnabrück zu erreichen, ist aufsuchende Bürgerbeteiligung erforderlich.

Best Practice

Digitale Bürgerbeteiligung in Reykjavík:

Über die digitale Abstimmungsplattform „My Neighbourhood“ verteilen Reykjavíks Bürger*innen jedes Jahr drei Millionen Euro auf Projekte. Vorher kann jede*r Ideen einreichen, von denen die Stadt letztendlich 200 auswählt und über die die Bürger*innen danach abstimmen. Für die Menschen ist es enorm motivierend, die umgesetzten Projekte in der Stadt sehen und erleben zu können. Die Plattform wird vom Initiator als Open-Source-Software zur Verfügung gestellt. Wichtig für den Erfolg dieser Plattform sei es laut dem Initiator, dass es die Stadt mit der Beteiligung ernst meint und gewählte Projekte dann auch tatsächlich umgesetzt werden.

Einsatz von CONSUL in Detmold:

Seit Sommer 2020 wird die Open-Source-Software CONSUL in Detmold für eine bessere Bürgerbeteiligung genutzt. Detmold ist die erste Stadt in Deutschland, die diese Software

verwendet. CONSUL wurde von der EU und der UN ausgezeichnet und kommt weltweit in mehr als 120 Städten zum Einsatz.

Bürger*innenräte in Irland und Frankreich:

In Irland wurden von 2016 bis 2018 Bürger*innenversammlungen (Citizen Assemblies) abgehalten. Daran nahmen 99 zufällig ausgeloste Bürger*innen teil, die ein ungefähres Abbild der Gesellschaft darstellten und sich über bestimmte politische Themen berieten und Lösungen vorschlugen. Den Bürger*innen standen zur besseren Entscheidungsfindung Fachleute zur Seite. Die Bürger*innenversammlungen haben in Irland zwei wichtige progressive Veränderungen eingeleitet: sie gaben Empfehlungen zur Einführung der gleichgeschlechtlichen Ehe und zur Liberalisierung des Abtreibungsrechts. Beide Empfehlungen wurden vom Parlament übernommen und anschließend durch Referenden bestätigt. Kaum jemand hielt diese liberalen Vorschläge ursprünglich für mehrheitsfähig – es zeigte sich, dass die Bevölkerung mutiger war als die Politik.

Bürgerbudget Polen:

In unserem Nachbarland Polen sind die Kommunen kraft Gesetzes dazu verpflichtet, ein Bürgerbudget in Höhe von 0,5% des jeweiligen Vorjahreshaushalts bereitzustellen.

Lebensqualität

Volt setzt sich für ein Osnabrück ein, in dem jede und jeder sich wohlfühlt. Damit auch in Zukunft "ich komm' zum Glück aus Osnabrück" gelten kann, wollen wir bestehende Vorzüge ausbauen und neue Ideen einbringen.

Barrierefreier Zugang zu der Innenstadt muss gewährleistet sein und bei jeder neuen Entscheidung bedacht werden.

Nicht zuletzt durch veränderte Shopping-Erlebnisse befinden sich Innenstädte zunehmend im Wandel. Daher ist es unabdingbar, diese attraktiv für Passant*innen zu halten.

Die Stadt sollte hier aktiv einzigartige und interessante Konzepte fördern und erhalten, erhalten und errichten. Durch das Zusammenspiel von Stadtplanung und Gewerbe können wir so also für moderne und ansprechende Orte sorgen. Finanzielle Anreize bei der (Um-)Gestaltung sind ein guter Hebel für den Wandel.

An gewissen Aufenthaltsorten wollen wir zusätzliche öffentliche WLAN-Hotspots errichten, um die Verweildauer zu erhöhen, und den Aufenthalt in unserer zunehmend digitalen Welt angenehm zu gestalten.

Des Weiteren müssen Sitzgelegenheiten, wie zum Beispiel öffentliche Bänke, gut in Schuss gehalten werden. Nach Bedarf fordert Volt die Platzierung neu geschaffener Sitzmöglichkeiten. Stadtbegrünung ist ein gutes weiteres Mittel für einen angenehmen Aufenthalt in der Innenstadt. Als ein Mittel zur Vorbeugung von erhitzten Innenstädten sorgt es so auch für

bessere Luftqualität, ist schön anzusehen, erhöht die Aufenthaltsdauer und unterstützt die (mentale) Gesundheit.

Außerdem kann die Stadt zu gewissen Zeiten an gewissen Orten frei zugängliche Kultur schaffen. So kann man bspw. Musiker*innen engagieren, die Innenstadt mit wohligen Klängen zu erfüllen. Neben der Förderung von Kulturschaffenden wird so auch das Aufenthaltserlebnis gesteigert und der Charakter der Stadt geschärft.

Die Stadt ist in der Pflicht, im Voraus “dunkle Ecken” vorzubeugen.

Wir fordern eine online zugängliche Übersicht über die angesiedelten Geschäfte, die lokale Gastronomie, Parks und Einrichtungen. Nicht nur in Freizeitparks sind diese Karten sehr anschaulich und verschaffen Überblick: so soll es leichter sein, sich in Osnabrück zurechtzufinden, neue Orte zu erkunden und einen angenehmen Aufenthalt zu planen.

Asyl, Migration und Integration von Geflüchteten

Die Integration Geflüchteter ist eine Aufgabe, der wir uns als Stadtgesellschaft alle gemeinsam stellen müssen. Das Ziel von Volt ist es, dass Geflüchtete auch über die ersten Monate hinaus eine intensive Begleitung im Alltag erfahren. Dies erleichtert es ihnen, in Osnabrück Fuß zu fassen und ihren Platz bei uns zu finden. Wir betrachten Vielfalt und gegenseitigen Respekt als integralen Bestandteil unserer Stadt.

Zum einen fordern wir mehr personelle und finanzielle Ressourcen für die Integration. Auch über die ersten Monate hinaus müssen Geflüchtete bei Bedarf eine Begleitung im Alltag erhalten können, um bspw. Beim Einstieg in den Arbeitsmarkt Unterstützung zu bekommen.

Daneben wollen wir in der Verwaltung eine zentrale Stelle für alle Belange zur Integration einrichten (“One-stop-shop-Lösung”). Diese Stelle soll alle Dienstleistungen, die Geflüchtete brauchen können, unter einem Dach vereinen bzw. vermitteln können. Das betrifft beispielsweise die Beratung über Sprachkurse, medizinische Leistungen oder Unterstützung bei der beruflichen Orientierung. Wenn die Geflüchteten ein behördliches Anliegen haben, sollen sie sich an diese Stelle wenden und schnell die nötigen Hinweise bekommen können. Auf diese Weise wird den Geflüchteten der Behördenkontakt erleichtert. Wichtig ist dabei, dass die Mitarbeiter*innen dieser Stelle mehrsprachig ausgebildet und besonders für den Umgang mit Geflüchteten geschult sind, um die Kommunikation zu ermöglichen.

Best Practice

Flüchtlingszentrum Hamburg:

Das Flüchtlingszentrum Hamburg ist eine zentrale Anlaufstelle für Geflüchtete in der Hansestadt. Das Zentrum hilft bei der ersten Orientierung, berät bei rechtlichen Fragen, hilft bei der Orientierung auf dem Arbeitsmarkt und bei Behördengängen, vermittelt den Zugang zu medizinischer Versorgung von Geflüchteten mit unklarem Aufenthaltsstatus, bietet Beratung für Interessenten an einer Rückkehr und vermittelt Sprachkurse - und das alles in 18 Sprachen.

Weniger Obdachlosigkeit

Unser Ziel ist es, dass jeder Mensch in Osnabrück die Möglichkeit hat, eine eigene Wohnung zu beziehen. Dadurch sollen alle Betroffenen die Chance haben, ein gesundes Leben nach ihren Vorstellungen zu führen.

Das leitende Prinzip für uns heißt in diesem Zusammenhang "Housing First". Die Grundidee von "Housing First" ist es, jedem Menschen als erste Maßnahme eine Wohnung zur Verfügung zu stellen, unabhängig von seiner "Wohnfähigkeit". Dadurch erhalten die Menschen ein stabiles Umfeld. Diesem Prinzip folgend soll sich Osnabrück verpflichten, jedem Menschen ohne Bedingungen eine Wohnung anzubieten.

Insbesondere in absoluten Ausnahmesituationen (z.B. extreme Kälte) ist es unabdingbar, jeder Person eine Unterkunft zur Verfügung stellen zu können.

Best Practice

Finnland:

Finnland ist es das einzige Land in der EU, das die Zahl der Menschen ohne Obdach senken konnte. Zwischen 2008 und 2015 sank die Zahl um 35 Prozent. Finnland setzte seit 2008 die Housing First Strategie in einem einheitlichen Plan durch.

Armutsbekämpfung

Bei der Bekämpfung von Armut wollen wir auf eine langfristige Strategie setzen, um das Problem strukturell und nachhaltig anzugehen, anstatt uns nur auf die Symptome gegenwärtiger Probleme zu konzentrieren. Wir setzen dabei zwei Schwerpunkte:

die Unterstützung von Kindern, die in Armut aufwachsen, damit diese gute Chancen auf eine Befreiung aus der Armut haben.

ein sorgfältiges Stadtteilmanagement in den Stadtvierteln, die besonders von Armut betroffen sind oder sich in eine entsprechende Richtung entwickeln.

Bekämpfung von Kinderarmut

Bei der Bekämpfung von Kinderarmut wollen wir das Konzept der Präventionskette umsetzen. Hierfür soll die Arbeit des Bündnisses für Familien/ Präventionsketten unterstützt werden. Dabei sollen Kinder, die in einer von Armut gefährdeten Familie aufwachsen, die Möglichkeit angeboten bekommen, von der Geburt an durch Familienbegleiter*innen begleitet zu werden. Während jeder Phase in der Kindheit und Jugend muss es spezifische Unterstützungsangebote geben. Hierbei gilt es besonders zu verhindern, dass Kinder aus armutsgefährdeten Familien, zu Opfern drohender Bildungsungleichheit werden. Der Zugang zu Fördermöglichkeiten wie z.B. das Bildungs- und Teilhabepaket, oder andere Stiftungsmittel, soll transparenter gestaltet und in der Öffentlichkeit besser beworben werden. Einen besonderen Fokus wollen wir dabei auf den Übergang von der Jugend ins Erwachsenenalter legen. Eine erfolgreiche Bewältigung dieser Übergangsphase ist ein wichtiger Faktor dafür, dass Kinder, die in Armut aufwachsen, selbst den Sprung aus der Armut schaffen.

Die in Osnabrück bereits installierten und integrierten Institutionen Osnabrücker Sozialkonferenz und Runder Tisch Kinderarmut sollen weiter gestärkt und gefördert werden.

Sorgfältiges Stadtteilmanagement

Armut tritt häufig in einzelnen Stadtteilen verstärkt auf. Daher soll die Stadt die Entwicklung gerade in solchen Stadtteilen genau beobachten, deren Entwicklung problematisch erscheint, und entsprechend handeln. Eine solche Beobachtung soll es ermöglichen, proaktiv und rechtzeitig Lösungen zu erarbeiten.

Digitalisierung

Der Index für digitale Wirtschaft und Gesellschaft misst europaweit die digitale Wettbewerbsfähigkeit. Im Jahr 2020 hat Deutschland von 28 Plätzen lediglich den 12. Platz belegt, wobei beispielsweise die Kategorie der digitalen öffentlichen Dienste lediglich Platz 21 erreicht. Volt Osnabrück möchte hier ansetzen und mittels einer aktiv verfolgten Digitalisierungsstrategie Innovationen fördern und neue wirtschaftliche Impulse setzen. Volt setzt sich zusätzlich auch für eine beschleunigte Digitalisierung in der städtischen Verwaltung ein, um diese transparent, sicher, ressourcenschonend und gleichzeitig komfortabler zu gestalten.

In der Verwaltung

Viele formale Angelegenheiten, die Bürger*innen und Unternehmen heute schon digital erledigen könnten, erfordern noch immer den Gang zu den Osnabrücker Behörden. Das wollen wir ändern.

Die Bürger*innen, Unternehmer*innen sowie die Angestellten im öffentlichen Dienst sollen durch eine bediener*innenfreundliche und zukunftssichere digitale Verwaltung (E-Government) entlastet werden. Das Ziel von Volt ist eine digitale Verwaltung, sodass alle Dienstleistungen der Behörden auch digital in Anspruch genommen werden können. Diese digitalen Dienstleistungen sollen einfacher, schneller und effizienter ablaufen als analoge Vorgänge. Jedoch sollen beide Formen der Interaktion - analog und digital - zur Verfügung stehen. Allein die Bürger*innen und Unternehmen sollen entscheiden, wie sie an die Verwaltung herantreten. Dabei müssen die europäischen Datenschutzrichtlinien konsequent umgesetzt werden.

Konkret fordert Volt daher, zeitnah die Abwicklung von Verwaltungsvorgängen, deren Erledigung online rechtlich zulässig ist (z.B. Gewerbemeldungen, Beantragung von Urkunden, usw.), auch digital möglich zu machen. Der direkte Kontakt bleibt immer noch eine Möglichkeit, soll aber nicht mehr verpflichtend sein.

Zudem sollen innerhalb der Verwaltung die Abläufe optimiert und digitalisiert werden, sodass die digitale Arbeit von der und für die Verwaltung ermöglicht wird.

Osnabrück als Standort

Die Wirtschaft, unser Arbeitsmarkt und die Kompetenzanforderungen sind stark im Wandel. Vor allem gefordert sind technische und komplexe Fähigkeiten der Problemlösung für Unternehmer*innen und Mitarbeiter*innen. Die Industrie leistet einen wesentlichen und wichtigen Beitrag zum Wohlstand Osnabrücks.

Durch gezielte Vernetzung und Veranstaltungen zielt Volt darauf ab, lebenslanges Lernen und Wissensaustausch für die Innovationskompetenz voranzutreiben. Veranstaltungsreihen zur

digitalen Zukunft und Gründerzentren helfen dabei, den Technologiestandort nachhaltig in die Zukunft zu führen. Volt Osnabrück unterstützt ein vernetztes Ökosystem regionaler Partner zur Ausnutzung und Verbesserung der Technologie- und Digitalisierungskompetenz.

Wir wollen durch Austausch von Initiativen und Unternehmen verknüpfen und auch klassische Unternehmensförderungen, Netzwerke und Industriegemeinschaften unterstützen. Dies sind elementare Schritte, um die zukunftsorientierte, nachhaltige Wertschöpfung und Attraktivität des Wirtschafts- und Technologiestandortes Osnabrücks sicherzustellen. Volt steht zu diesen Maßnahmen und wird sich dafür einsetzen, dass sie auch zukünftig weiter ausgebaut und gefördert werden.

Die Anforderungen an Osnabrück als Wirtschaftsstandort sind stark an digitale Konzepte geknüpft. Volt Osnabrück möchte daher eben diese Konzepte sowie neue Innovationen und Impulse fördern.

Aufgeklärte Bevölkerung

Neben den riesigen Chancen der Digitalisierung birgt diese auch Gefahren. Dabei soll auch die Stadt als Digitalisierungstreiberin für einen sicheren Umgang damit sorgen.

Sowohl die Bevölkerung als auch die Wirtschaft müssen für die Gefahren von digitalen Angriffen sensibilisiert werden. Gezielte und frei zugängliche Aufklärungsprogramme sollen hierzu eingesetzt werden.

Bereits in jungen Jahren soll die Stadt digitale Kompetenzen stärken. Wir setzen uns für eine umfassende Digitalisierung in allen Schulen ein, die neue Lehr- und Lernmethoden ermöglicht und Kompetenzen im verantwortungsbewussten Umgang mit digitalen Medien vermittelt.

Die Ausstattung von Schulen und Schüler*innen, die Fortbildung für Lehrkräfte und das Angebot an Stellen mit dem Schwerpunkt Digitalisierung müssen dringend verbessert werden.

Auch vielen älteren Menschen fehlen digitale Kompetenzen. Wir setzen uns dafür ein, dass auch in der Erwachsenenbildung digitale Angebote bereitgestellt werden.

Weniger technik-affine Bürger*innen sollen bei dem Einstieg in zunehmend digitalisierte und komplexe Prozesse unterstützt werden.

Open Data

Auch gilt es für Osnabrück die Potenziale des "Open Data" Ansatzes als Stadt zu nutzen, um die Weiterentwicklung lizenzfreier Anwendungen von offenen, freiwilligen Bewegungen zu unterstützen. Die generierten Daten der Verwaltungen dienen somit öffentlich zugänglich den Bürger*innen als Ressource z.B. für städtische Entwicklungen. Hierzu gibt es bereits positive Fallbeispiele, wie rund um die Themen Klima, Umwelt und Verkehr, Innovationen und Ad-Hoc-Hilfen in Krisenzeiten erarbeitet wurden. In Osnabrücks Verwaltungen fordert Volt diesen

öffentlichen Datenzugang. Dafür müssen einheitliche Nutzung und Definition der Open Data Standards und Grundsätze mittels öffentlicher Open Source Tools (wie z. B. ckan in Utrecht und Amsterdam oder das europäische Projekt citysdk) erarbeitet und umgesetzt werden.

Wirtschaft

Volt ist überzeugt, dass eine freie, offene und soziale Marktwirtschaft innerhalb eines funktionierenden Rechtssystems mit gleichen Bedingungen für jede(n) Akteur*in den größtmöglichen Wohlstand für alle schafft. Gleichzeitig existieren in unserer Marktwirtschaft systembedingte Ungleichgewichte, in die eingegriffen werden muss. Volt setzt sich dabei für kluge und innovative Reformen ein, um ein EU-weit integriertes, gerechtes und nachhaltiges Wirtschaftssystem zu schaffen. (S.67 Grundsatzprogramm)

Um den Wirtschaftsstandort Osnabrück attraktiver zu gestalten, aktuelle Stärken zu wahren und Ungleichgewichte zu bekämpfen:

Nachhaltige Wirtschaft

Kreislaufwirtschaft

Derzeit ist unsere Wirtschaft darauf ausgelegt, dass Güter hergestellt, verwendet und dann weggeschmissen werden. Dieses Modell führt zu einem enormen Verbrauch von natürlichen Ressourcen. 2020 war der Earth-overshoot-day am 22. August. An diesem Tag hatte die Menschheit vom Anfang des Jahres, so viele Ressourcen verbraucht, wie die Erde pro Jahr zur Verfügung stellt. Mehr als vier Monate haben wir also im letzten Jahr über unsere Verhältnisse gelebt.

Wir fordern daher eine wirtschaftspolitische Ausrichtung, die sich an Produktlanglebigkeit, Erneuerbarkeit und geringerem Bedarf an neuen Rohstoffen orientiert. Die Vision, die wir dabei verfolgen, ist die einer Kreislaufwirtschaft. In einer idealen Kreislaufwirtschaft würden in Osnabrück keinerlei nicht nachwachsende Ressourcen mehr verbraucht. Ob dieser Idealzustand erreichbar ist, wird die Zukunft zeigen. Volt will eine Transformation unserer Wirtschaft einleiten, die darauf abzielt, dass Ressourcen so lange wie möglich genutzt und nach der Verwendung zurückgewonnen werden können, anstatt verloren zu gehen. Neben Vorteilen für Umwelt und Klima durch weniger Ressourcenverbrauch bietet eine solche Umstellung auch die Möglichkeit, neue, nachhaltige Jobs in Osnabrück zu schaffen. Dazu kommt, dass eine ressourcensparende Wirtschaft weniger abhängig von Rohstoffimporten und daher weniger anfällig für Versorgungsengpässe ist.

Planungsphase

Bei der Umstellung unserer Wirtschaft orientieren wir uns an den Empfehlungen der Europäischen Investitionsbank. In einer ersten Phase muss analysiert werden, wo welche und wie viele Rohstoffe in Osnabrück verbraucht werden. Darauf aufbauend soll die Stadt unter Einbeziehung von Bürger*innen, Unternehmen, anderen Verwaltungsträgern und bereits

bestehenden Initiativen eine Strategie entwerfen, wie der Ressourcenverbrauch in Osnabrück nachhaltig gesenkt werden kann.

Umsetzungsphase

Es gibt eine Vielzahl von Handlungsmöglichkeiten, um eine solche Strategie umzusetzen. Nach dem Prinzip "Urban Mining" müssen grundsätzlich möglichst viele bereits verbaute und verwendete Rohstoffe in Osnabrück wiederverwendet werden.

Mit der Förderung von Repaircentern und mehr Informationen für die Konsument*innen über die Recyclingsfähigkeit von Produkten wollen wir die durchschnittliche Lebensdauer von Produkten erhöhen. Wir wollen in Osnabrück ein Kaufhaus etablieren, in dem ausschließlich reparierte und von den Bürger*innen abgegebene Gegenstände zu einem niedrigen Preis verkauft werden (siehe dazu die Best Practices).

Neubauten müssen so geplant und gebaut werden, dass sich die verwendeten Rohstoffe nach der Nutzungsdauer möglichst einfach wiederverwenden lassen.

Wir wollen Projekte und Pilotprojekte unterstützen, die darauf abzielen, Produkte langlebiger zu machen. Ein wichtiges Instrument ist die öffentliche Beschaffung: Die Stadt sollten bevorzugt Produkte beschaffen, die den Anforderungen an eine Kreislaufwirtschaft gerecht werden. Liegt der Anteil der öffentlichen Hand bei einer Beschaffung über 50 %, sollten die Nachhaltigkeitskriterien der EU für eine grüne und pflanzenbasierte Beschaffung verpflichtend eingehalten werden. Dadurch schafft die öffentliche Hand eine Nachfrage für solche Produkte, machen unternehmerische Tätigkeit in diesem Sektor attraktiver und gehen als gute Beispiele für die private Wirtschaft voran.

Wir wollen die rechtlichen Möglichkeiten für ein Verbot von Einweg-Plastikprodukten prüfen. Verbote sind kein ideales Mittel bei der Durchsetzung von Nachhaltigkeitszielen, dürfen aber auch nicht kategorisch ausgeschlossen werden.

Evaluation, Anpassung und Öffentlichkeitsarbeit

Alle Maßnahmen müssen laufend evaluiert und nötigenfalls angepasst werden. Außerdem muss die Stadt bei Bürger*innen und Unternehmen ein Bewusstsein für nachhaltiges Wirtschaften stärken. Dafür wollen wir Werbekampagnen durchführen, Beratungen anbieten und ein städtisches Kreislauflabel etablieren. Wir wollen uns mit anderen Städten vernetzen, die auf dem Gebiet bereits weiter sind als wir, und von ihren Erfahrungen lernen.

Best Practice

Amsterdam:

Amsterdam will bis 2050 eine vollständige Kreislaufwirtschaft werden. Dazu hat die Stadt analysiert, wie die Rohstoffströme in der Stadt derzeit aussehen, und hat auf dieser Basis eine Strategie für die Umstellung entwickelt.

London:

2017 hat die Londoner Abfallgesellschaft einen Plan vorgestellt ("Circular Economy Route Map), der dabei helfen soll, die Umstellung von London auf eine Kreislaufwirtschaft zu beschleunigen.

Gebrauchtwarenkaufhaus Eskilstuna:

In der schwedischen Stadt Eskilstuna wurde 2015 das Kaufhaus "ReTuna" eröffnet. Hier können die Bürger*innen alle möglichen kaputten Gegenstände abgeben. Diese werden von den Mitarbeiter*innen des Kaufhauses repariert und anschließend im Kaufhaus verkauft, sodass die Rohstoffe erhalten bleiben. Das Kaufhaus befindet sich in der Hand einer städtischen Tochter und geht auf eine Initiative der lokalen Politik

Gründen und Innovation

Damit Osnabrück auch in Zukunft wirtschaftlich stark bleibt, brauchen wir neben den bereits etablierten Unternehmen die innovative Kraft von Startups. Eine große Hürde für Startups ist derzeit der hohe bürokratische Aufwand für eine Gründung und die ersten unternehmerischen Schritte. Substanzielle Hindernisse sind dabei die sehr hohe Anzahl der zu kontaktierenden Behörden, der damit einhergehende Zeitaufwand und die Fehlerquote durch fehlerhaft gestellte Anträge.

Wir wollen Unternehmensgründung und -führung vereinfachen, damit Unternehmer*innen sich voll auf ihre Kernaufgabe fokussieren können. Unternehmer*innen sollen dabei in ihrem Vorhaben bestärkt und bei den bürokratischen Prozessen unterstützt werden. Die Gründung eines Unternehmens soll digital und zeitnah möglich sein. Der Umgang mit Gründer*innen muss genauso innovativ und individuell sein wie deren Ideen - bei Behörden, bei Banken und auch bei den Gemeinden, in denen die Unternehmen ihren Sitz haben.

Eine Stelle in der Verwaltung ("One-stop-shop-Lösung")

Um die bürokratischen Hürden aus dem Weg zu räumen, möchte Volt eine "One-stop-shop Lösung" etablieren, also die Bereitstellung der Services der "digitalen Verwaltung" an möglichst wenigen zentralen Stellen (siehe dazu auch den Abschnitt zur Verwaltung). Wir wollen allen Gründer*innen in Osnabrück eine volldigitale Anmeldung bei allen notwendigen Behörden und Ämtern ermöglichen.

Individuelle Unterstützung durch eine*n Koordinator*in

Wir wollen Gründer*innen ab der Geschäftsidee ein*e Koordinator*in seitens der Stadt oder Kommune zur Seite stellen, der*die den Kontakt zu allen Beteiligten, zum Beispiel Gemeinden,

Behörden oder Finanzierungsstellen, bei einer Gründung übernimmt und den Informationsfluss koordiniert. Der*Die Koordinator*in soll durch eine wirtschaftsnahe Ausbildung, ein breites Netzwerk und ein Startup-affines Mindset einen Mehrwert für die Gründenden bieten

Als zentrale Anlaufstelle die Prozesse zusammen mit den staatlichen Stellen verschlanken und im Sinne des E-Government Gesetzes modernisieren

beim Stellen von notwendigen Anträgen und - in Absprache - beim Ausfüllen der Formulare unterstützen und beraten. Durch schnelle Abwicklung und Absicherung in rechtlichen und steuerlichen Fragen kann sich der*die Unternehmer*in auf seinen*ihrer Unternehmenszweck fokussieren.

Wir wollen daneben die bestehenden Formulare und Anträge vereinfachen bzw. mit Beispielen und direktem Feedback und Erklärungen hinterlegen, damit Gründer*innen die Onlineformulare einfach und schnell nutzen können.

Fachkräftemangel

Auch Osnabrück leidet unter den Symptomen eines Fachkräftemangels.

Um diesem Hemmnis entgegenzuwirken, bedarf es kreativer und gleichzeitig pragmatischer Konzepte. Volt fordert daher, neue Konzepte, wie beispielsweise den Gewerkepass der Handwerkskammer, zu unterstützen und weitere Maßnahmen zu erarbeiten und umzusetzen. Weiter sollten vorhandene Konzepte zur Förderung von Ausbildungen geflüchteter Menschen ausgebaut und weiterentwickelt, gegebenenfalls neue entworfen werden. Ebenso sollte es geflüchteten Menschen ermöglicht werden, unbürokratisch erreichte Abschlüsse und Zeugnisse aus ihren Heimatländern anerkennen zu lassen. Die Stadt und die Berufskammern sollen hierbei bestmöglich unterstützen.

Weiterhin unterstützen wir, dass geflüchtete Menschen in einer Ausbildung nicht abgeschoben werden dürfen. Dies zur Wertschätzung der Menschen, die eine Ausbildung beginnen, aber auch für die Unternehmen und Betriebe, die Kapital in eine Ausbildung investieren. Volt Osnabrück will verhindern, dass Arbeitgeber*innen aus Angst vor Abschiebung oder zu hohem bürokratischen Aufwand keine qualifizierten oder zu qualifizierenden Geflüchteten einstellen.

Gleichzeitig muss die Attraktivität Osnabrücks für Fachkräfte aus dem In- und Ausland gesteigert werden, um über Grenzen hinweg solche anzusprechen. Patenschaften aus dem Programm des Europabüros (siehe Kapitel EUkonkret) sollen hier unterstützen.

Landwirtschaft

Die Landwirtschaft ist längst ein globalisierter Markt. Viele Lebensmittel werden um die halbe Welt transportiert, um auf unseren Tellern zu landen. Zudem macht der Preisdruck der

Handelsketten gerade kleineren Betrieben zu schaffen. Die niedersächsischen Landwirt*innen fühlen sich mit ihren Herausforderungen und Problemen politisch allein gelassen.,

Dabei sind Landwirt*innen unentbehrlich für das Erreichen der Klima- und Umweltschutzziele und sollten entsprechend entlohnt werden. Dafür muss die Landwirtschaft allerdings auf Nachhaltigkeit ausgerichtet werden, wodurch auch die natürlichen Ressourcen geschont werden.

Stärkung des Absatzes von regional produzierten Lebensmitteln

Wir wollen mit verschiedenen Maßnahmen den Absatz von regional produzierten Lebensmitteln in der Region stärken.

Wir fordern neue Konzepte, um Wochenmärkte attraktiver zu machen, z.B. durch Abendmärkte für Berufstätige.

Wir wollen mehr Milchtankstellen und Automaten für den Verkauf von regionalen Lebensmitteln (z.B. Wurst, Käse, Honig, Gemüse) in Osnabrück aufstellen.

In Kantinen der Verwaltung sowie in Schulen, Kitas und anderen öffentlichen Einrichtungen (Pflegeheime, Krankenhäuser) sollen vermehrt regionale Lebensmittel verkauft werden. Dadurch unterstützen wir auch Verarbeitungsunternehmen (Fleischereien, Bäckereien etc.), die regional erzeugte Grundprodukte verwenden.

Wir wollen Kooperationen zwischen den verschiedenen Verarbeitungsstufen unterstützen, z.B. durch Räumlichkeiten, Vergünstigungen zu Beginn oder Vernetzungsmöglichkeiten.

Die bereits bestehenden Ernährungsräte sollen in Zukunft auch das Verständnis und die Wertschätzung für regionale Lebensmittel bei der Bevölkerung stärken und den Bürger*innen helfen, Ess- und Einkaufsgewohnheiten zu hinterfragen.

Best Practice

In Vlotho, Karlsruhe und Delitzsch gibt es Abendmärkte für Berufstätige. Hier können die Stadtbewohner*innen über regionale Anbieter und Landwirte von 16 bis 20 Uhr ihre Lebensmittel beziehen.

Kleine Markthallen für regionale Produkte

Kleine Markthallen für den Verkauf regionaler Produkte zu etablieren, wie sie in Ravensburg, Aarau (Schweiz), Villach (Österreich) oder in Celje (Slowenien), aber auch bereits in Osnabrück Mitte zu finden sind, ist für weitere Stadtteile in Osnabrück interessant.